

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2020

– Ergebnisse der Revision 2019 –

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2020

– Ergebnisse der Revision 2019 –



STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Herausgeber:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Bürgeramtes, Statistik und Wahlen, Frankfurt a. M.

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711/641-0
Fax: 0711/641-2440
E-Mail: poststelle@stala.bwl.de
Internet: www.statistik-bw.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Oktober 2020

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.

Grundsätzlich wird angestrebt, die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Form von geschlechtergerechten Formulierungen umzusetzen. Für Begriffe ohne gendergerechte, sinngetreue und zugleich lesefreundliche Alternative müsste stets die längere Paarform verwendet werden (z.B. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Veröffentlichung bei sehr häufig vorkommenden Formulierungen auf die zusätzliche Nennung der weiblichen Form verzichtet. Die jeweilige männliche Bezeichnung bezieht sich ausdrücklich auf Männer und Frauen.

Preis: Kostenfrei unter www.statistikportal.de und www.vgrdl.de
als Druckexemplar 6 EUR (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.vgrdl.de.

ISSN 1868-8101

Fotorechte (Cover):

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2020
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder sowie die kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetags an. Vorsitz und Federführung des AK VGRdL obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Mit dieser Veröffentlichung legt der Arbeitskreis erstmals detaillierte Ergebnisse der Revision 2019 vor.

Die Ergebnisse der regionalen VGR liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen VGR nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der AK VGRdL in Form von gezippten Excel-Dateien unter www.vgrdl.de im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des AK VGRdL gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Stuttgart, im Oktober 2020

Dr. Martin Votteler
Ständiger Vertreter der Amtsleitung
des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg
Vorsitz des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Vorwort	3
Zeichenerklärung	5
Heftmitte: Verwaltungskarte Deutschland 2019	
Information zu den Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	6
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – Juli 2020 –	7
Rückblick	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland	11
Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	13
Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	14
Bruttoinlandsprodukt 2019 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)	17
Bruttoinlandsprodukt	18
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität) 2019 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	19
Bruttowertschöpfung	20
Bruttowertschöpfung 2019 nach Bundesländern (Karte)	21
Arbeitnehmerentgelt	22
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2019 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte) ...	23
Bruttoanlageinvestitionen	24
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) 2017 nach Bundesländern (Karte) ..	25
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	26
Verfügbares Einkommen je Einwohner 2018 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	27
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	28
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 2018 nach Bundesländern (Karte)	29
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2020	30
Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	33
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008	35

Abkürzungsverzeichnis	36
Tabellenanhang	37
1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern	38
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	40
3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern	42
4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern	44
5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern	46
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern	48
7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern	50
8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	52
9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern	54
10. Verfügbares Einkommen je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	56
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	58
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	60
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	62
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	64

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

... = Angabe fällt später an

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Information zur Revision 2019 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Im Jahr 2019 fand in Deutschland – wie in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union – eine umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) einschließlich der Erwerbstätigenrechnung (ETR) statt. Die revidierten Ergebnisse der nationalen VGR wurden vom Statistischen Bundesamt erstmals am 14. August 2019 mit Angaben für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) insgesamt und am 27. August 2019 mit einer detaillierten Gliederung der Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Im Ergebnis ist das nominale BIP in Deutschland nach der Generalrevision 2019 im Durchschnitt etwas niedriger. Der Verlauf des preisbereinigten BIP bzw. die konjunkturelle Entwicklung sind weitgehend unverändert geblieben.

Erste, noch vorläufige Ergebnisse zur Revision 2019 der VGR auf Länderebene wurden mit der Halbjahresrechnung des BIP 2019 am 24. September 2019 vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ veröffentlicht. Berechnet wurde das Wirtschaftswachstum der Länder für das erste Halbjahr 2019 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Am 30. März 2020 folgten die revidierten Länderergebnisse zum BIP bzw. zur BWS sowie zum Arbeitnehmerentgelt (ANE) und zu den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG) sowohl für die Berichtsjahre am aktuellen Rand bis 2019, als auch für die Rückrechnungsergebnisse für den Zeitraum bis 1991 zurück.

VGR-Generalrevision 2019

In den VGR einschließlich der ETR werden etwa alle fünf Jahre die Berechnungen und damit die Ergebnisse in sogenannten Generalrevisionen überarbeitet, wie zuletzt 2014 zur EU-weiten Einführung des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). Im Zuge der Generalrevisionen sollen insbesondere neue, international vereinbarte Konzepte, Definitionen und Klassifikationen eingeführt sowie methodische Verbesserungen und, soweit verfügbar, neue Datengrundlagen eingearbeitet werden, um neue ökonomische Sachverhalte adäquat und vergleichbar abbilden zu können.

Im Rahmen der VGR-Revision 2019 gab es keine maßgeblichen konzeptionellen Änderungen, vielmehr wurden insbesondere neue Datenquellen, geänderte Bezugs- und Basisdaten und Berechnungsmethoden berücksichtigt. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden und den Datennutzern weiterhin methodisch konsistente Zeitreihen zur Verfügung zu stellen, wurden die Ergebnisse bis 1991 zurück neu berechnet. Die Daten von 1991 bis 2007 wurden dabei mittels mathematischer Rückrechnungsverfahren ermittelt und die Ergebnisse ab 2008 bis 2017 „originär“ sowie der aktuelle Rand (2018 bis 2019) mittels „Fortschreibung“¹ berechnet. Die nächste VGR-Generalrevision findet, EU-weit harmonisiert, voraussichtlich 2024 statt.

Die quantitativen Revisionseffekte auf das BIP fielen gering aus. Das BIP in jeweiligen Preisen erfuhr im Zuge der Revision exemplarisch für das Berichtsjahr 2016 auf Bundes-

ebene eine Absenkung des Niveaus um 0,8 %. Und auch auf Länderebene sind die Revisionsdifferenzen für das BIP 2016 in jeweiligen Preisen mit einer Schwankungsbreite von –2,1 % bis +0,5 % relativ moderat.

Von der Änderung der Bezugs- und Basisdaten im Rahmen der Revision waren vor allem das ANE und die Erwerbstätigen betroffen. So wurde bei der Berechnung des ANE auf Länderebene größtenteils die Datenquelle für die Durchschnittsverdienste geändert. Ab Revision 2019 werden diese im Wesentlichen aus einer Kombination der Angaben aus der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Verdienststrukturhebung und der Arbeitskostenerhebung ermittelt. Vor der Generalrevision 2019 wurden als Quelle für die Durchschnittsverdienste vor allem die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung genutzt.

Darüber hinaus haben auch die geänderten Bezugswerte durch die Revision in der regionalen ETR Auswirkungen auf die ANE-Berechnung. So wird seit dieser Generalrevision in der regionalen ETR das Statistische Unternehmensregister (URS) als Quelle für das Merkmal „Wirtschaftszweig“ (WZ) der erfassten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genutzt. Vor der Verwendung des URS kamen die Angaben zum Wirtschaftszweig aus verschiedenen Quellen, was teilweise eine Über- oder Untererfassung von Erwerbstätigen mit sich brachte. Durch den Bezug dieses wichtigen Merkmals aus einer Datenquelle wird eine höhere Konsistenz erzielt, Doppel- und Untererfassungen werden minimiert. Gleichzeitig wird die Kohärenz mit der regionalen VGR erhöht, die in aller Regel den WZ des URS verwendet.

Zudem wurden im Rahmen der Revision 2019 die preisbereinigten Ergebnisse auf das neue Referenzjahr 2015 umgestellt. Dies hat auf die Veränderungsraten der VGR-Ergebnisse jedoch keine Auswirkungen, da in den VGR die Berechnungen der preisbereinigten Größen seit der Revision 2005 auf den Preisen des jeweiligen Vorjahres beruhen und nicht auf den Preisen eines festen Basisjahres.

Informationen zur Generalrevision 2019 der regionalen ETR finden Sie auf den Internetseiten des Arbeitskreises unter <http://www.statistikportal.de/de/etr/generalrevision-2019>.

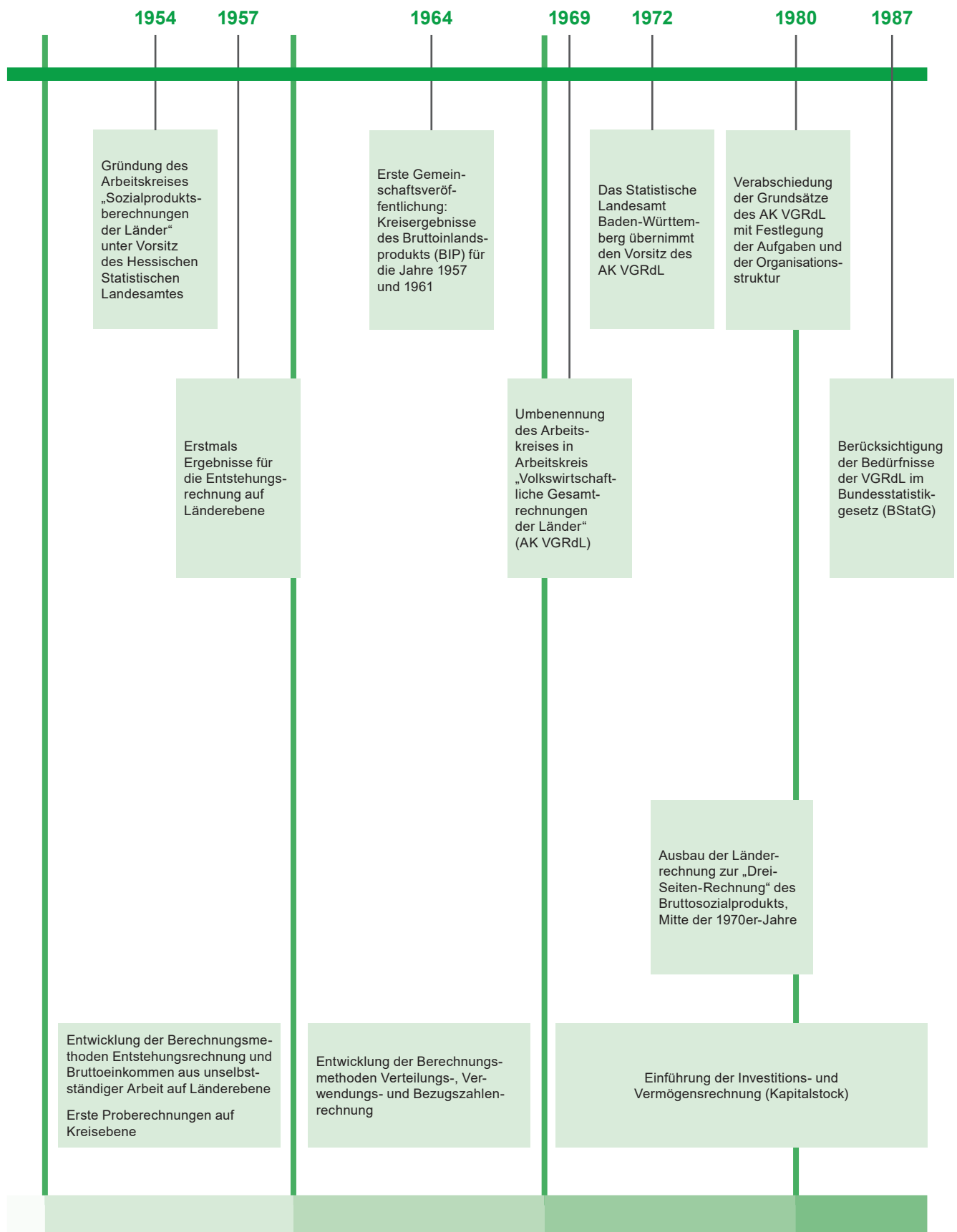
Weitere Informationen zur Generalrevision 2019 auf Bundesebene finden Sie auf den Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/AnkuendigungRevision2019.htm>.

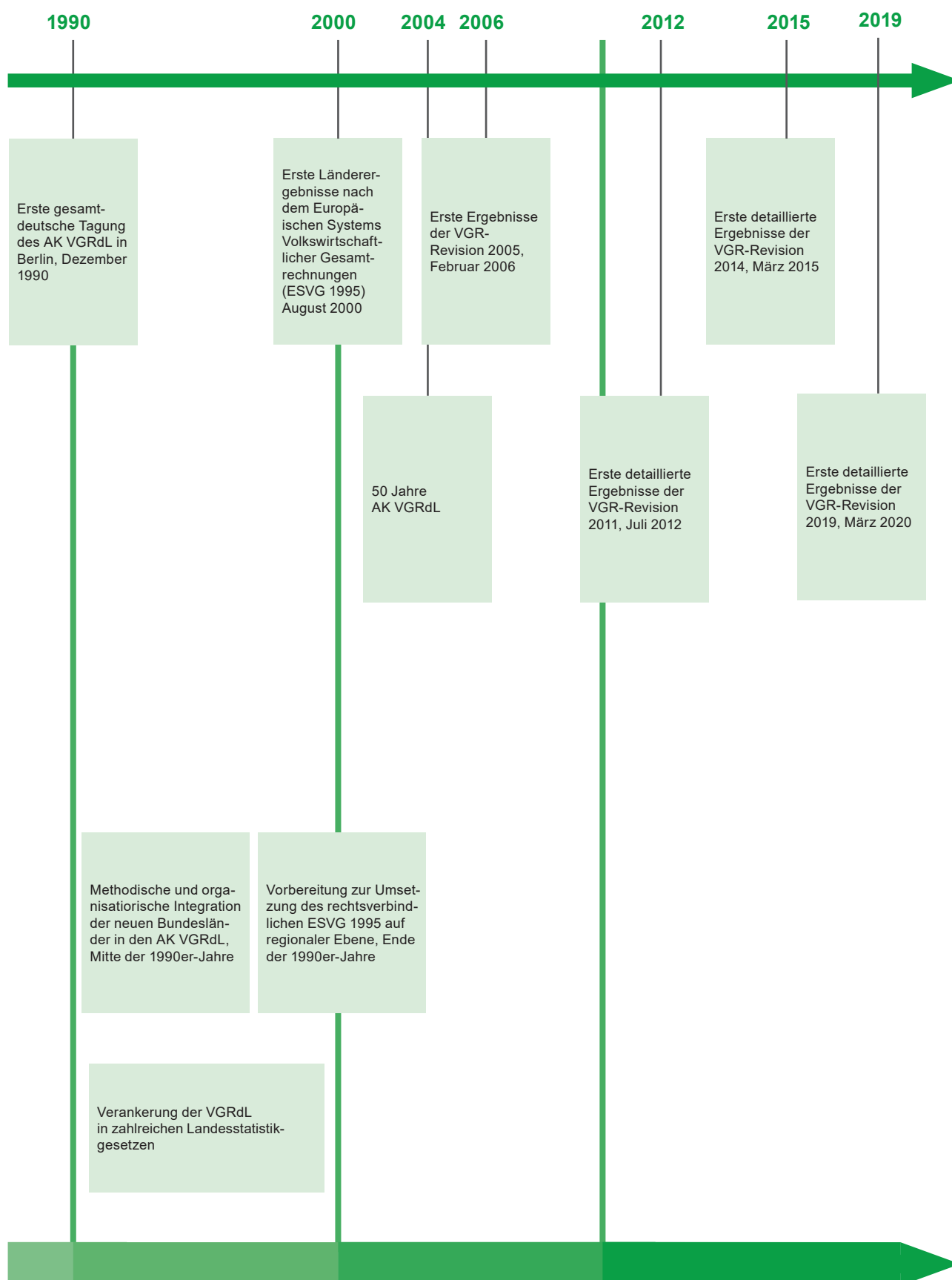
¹ Die in den regionalen VGR verwendeten Basisstatistiken weisen naturgemäß unterschiedliche Zeitabstände zwischen der Datenverfügbarkeit und dem Berichtszeitpunkt auf. Solange die für die Berechnung einer bestimmten VGR-Größe erforderlichen Basisstatistiken noch nicht vorliegen, wird für diese Größe für eine zeitnahe Ergebniserstellung mithilfe kurzfristiger, geeigneter Indikatoren auf Basis sogenannter Fortschreibungsverfahren ein vorläufiges Ergebnis ermittelt. Liegt die Ausgangsstatistik für die entsprechende Berichtsperiode vor, werden die endgültigen Ergebnisse in sogenannten Originärberechnungen mit einbezogen.

Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ – Juli 2020 –

Land	Koordinierungsaufgaben	WZ 2008
Baden-Württemberg	Federführung BWS Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Anlagevermögen, Abschreibungen Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Methodendokumentation Gemeinschaftsveröffentlichungen	A A – T
Bayern	Fortschreibungen Bruttoinlandsprodukt (BIP), Bruttowertschöpfung (BWS) Sekundäre Einkommensverteilung	A – T
Berlin und Brandenburg	Arbeitnehmerentgelt (ANE, Inland) BWS Private Haushalte mit Hauspersonal Restposten	A – T (ohne O) T
Bremen	BWS Verkehr und Lagerei BWS Information und Kommunikation	H J
Hessen	Subventionen BWS Finanz- und Versicherungsdienstleister	A – T K
Mecklenburg-Vorpommern	Primäre Einkommensverteilung	
Niedersachsen	Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	
Nordrhein-Westfalen	Bruttoanlageinvestitionen BWS Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden BWS Verarbeitendes Gewerbe BWS Energieversorgung BWS Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	A – T B C D E
Rheinland-Pfalz	BWS Baugewerbe BWS Grundstücks- und Wohnungswesen	F L
Saarland	Produktions- und Importabgaben	A – T
Sachsen	BWS Gastgewerbe BWS Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister BWS Sonstige Unternehmensdienstleister BWS Erziehung und Unterricht BWS Gesundheits- und Sozialwesen	I M N P Q
Sachsen-Anhalt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	
Hamburg und Schleswig-Holstein	BWS Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen BWS, ANE Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung Konsumausgaben des Staates	G O
Thüringen	BWS Kunst, Unterhaltung und Erholung BWS Sonstige Dienstleister anderweitig nicht genannt Bezugszahlen: Bevölkerung	R S

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin

und



Brandenburg



Bremen



Hamburg

und



Schleswig-Holstein



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt

Gast:



Europäische Kommission
Eurostat

Statistisches Amt der Europäischen Union



vertreten durch: Stadt Frankfurt am Main
Bürgeramt, Statistik und Wahlen

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Länder und Kreise der Bundesrepublik Deutschland werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. In beratender Funktion sind das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertretung des Deutschen Städtetages ständige Mitglieder sowie als Gast das Statistische Amt der Europäischen Union (EUROSTAT). Das federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg vertritt den Arbeitskreis nach außen.

Aufgaben und Ziele

Der AK VGRdL hat die Aufgabe, die Aggregate der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach den konzeptionellen Grundlagen, Methoden und Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) zu berechnen, zu veröffentlichen und die fristgerechte Lieferverpflichtung von Regionalergebnissen an EUROSTAT zu erfüllen.

Die Durchführung der regionalen VGR nach den Grundsätzen und konzeptionellen Grundlagen des ESGV sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Regionalergebnisse in Deutschland sind immer auf die nationalen Ergebnisse abgestimmt. Die regionalen VGR liefern Ergebnisse für Bundesländer und alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

Regionale Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In den regionalen VGR in Deutschland steht die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Mittelpunkt. Anders als in den nationalen Volkswirtschaft kann aufgrund von Einschränkungen und Lücken der statistischen Basis und damit der Möglichkeiten zur Regionalisierung von Aggregaten der VGR in den Regionalrechnungen kein vollständiger Wirtschaftskreislauf und kein geschlossenes Kontensystem sowie kein Nachweis für alle Sektoren der Volkswirtschaft erstellt werden. Somit konzentrieren sich die regionalen VGR in Umfang und Gliederungstiefe auf einen für Regionen signifikanten Kern von Aggregaten.

Wichtige Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsaggregate, die im Rahmen der regionalen VGR dargestellt werden, enthält die Grafik auf Seite 13.

Berechnungsmethoden

Die Größen der regionalen VGR in Deutschland werden ausgehend von den Ergebnissen der nationalen VGR berechnet. Damit unterscheiden sich die VGR grundsätzlich von der Erhebung einzelner Tatbestände in den Fachstatistiken. Hier werden die Ergebnisse in der Regel von der kleinsten regionalen Ebene zur nächst höheren Ebene zusammengeführt. In den regionalen VGR verläuft die Berechnung genau umgekehrt. Das bedeutet, dass zuerst vom Statistischen Bundesamt ermittelte nationale Ergebnisse für Deutschland vorliegen, die im Anschluss zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länderergebnisse bilden wiederum die Ausgangswerte für die weitere regionale Verteilung auf die Kreise.

Regionalisierungsverfahren

Zur Regionalisierung sieht das ESGV 2010 zwei Methoden vor, die Bottom-Up-Methode und die Top-Down-Methode. Die Wahl der Methode ist abhängig von der Verfügbarkeit regionalspezifischer statistischer Ausgangsgrößen.

Bei der Bottom-Up-Methode werden die vorliegenden regionalspezifischen Basisstatistiken zur Berechnung herangezogen und sozusagen „von unten nach oben“ zusammengeführt. Dabei ergibt die Summe der so berechneten regionalen Ergebnisse zunächst einen Wert, dessen Abweichung vom nationalen Ergebnis noch über Koordinierung proportional auf die regionalen Ausgangswerte aufgeteilt wird.

Bei der Top-Down-Methode wird genau andersherum vorgegangen. Die nationalen Gesamtgrößen werden in Ermangelung regionalspezifischer Ausgangsgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die Verteilung erfolgt anhand von Schlüsselgrößen, die in möglichst engem Zusammenhang zu den zu berechnenden Aggregaten stehen und sie so genau wie möglich widerspiegeln. Im Ergebnis bildet bei jeder Methode die Summe der regionalen Werte das nationale Ergebnis.

Berechnungszeiträume

Für eine zeitnahe Ergebniserstellung finden in den VGR vielfach Fortschreibungsverfahren Verwendung, da die Vielzahl an statistischen Ausgangsgrößen aus Daten-

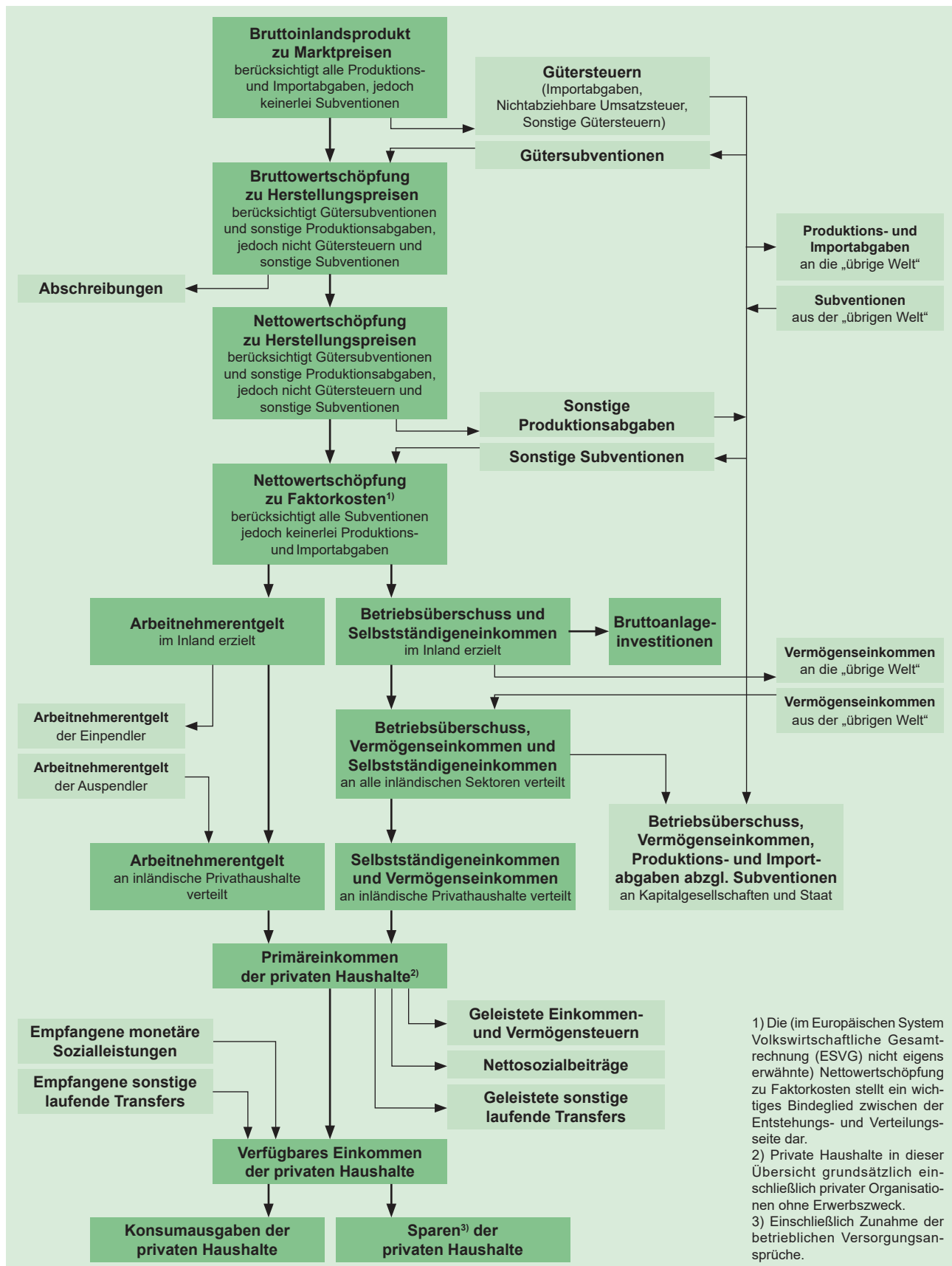
quellen stammt, die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst später sukzessive zur Verfügung stehen. Bei diesen Verfahren werden die vorliegenden Werte von VGR-Aggregaten mittels geeigneter Indikatoren, die die Entwicklung des jeweiligen Aggregats ähnlich genau widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Methode wird vor allem bei der Berechnung des BIP und des Arbeitnehmerentgelts angewendet, an deren zeitnahen Ergebnissen ein sehr starkes Interesse von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit besteht.

Die VGR-Aggregate werden – sobald weitere, vollständige und präzisere Datenquellen vorliegen – in mehreren

Schritten neu berechnet, zuletzt in sogenannten Originärberechnungen.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Überarbeitungen aufgrund der Vervollständigung der Ausgangsinformationen in den laufenden Berechnungen werden sogenannte große Revisionen in der Regel in fünfjährigem Abstand – zuletzt 2019 – durchgeführt. Sie dienen dazu, einen mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarf umzusetzen, neue Konzepte und gegebenenfalls neue Klassifikationen einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren sowie neue Datenquellen und Ergebnisse von Großzählungen einzubeziehen.

Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region für eine abgelaufene Periode zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den VGR finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die BWS ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das BIP. Die preisbereinigte Veränderung des BIP gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum bzw. die Wirtschaftsentwicklung.

Ergebnisse der regionalen VGR bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das BIP je Einwohner auf der Ebene „NUTS 2“ (entspricht in Deutschland in der Regel der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1- bzw. Ziel-„Konvergenz“-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das BIP stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft z. B.:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (BIP je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des BIP,
- Informations- und Kommunikationstechnologieausgaben in Prozent des BIP.

Datennutzer im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das BIP bzw. die BWS (in jeweiligen

Preisen) je Erwerbstätigen oder je geleistete Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder treffen.

Auf der Basis von Kreisergebnissen zur BWS kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur von Regionen eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am BIP je Erwerbstätigen der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen z. B. bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum BIP und zur BWS stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Das BIP wird in der Öffentlichkeit nicht nur als Wirtschaftsindikator, sondern zugleich als allgemeiner Wohlstandsindikator angesehen. Allerdings ist es dafür nicht konzipiert worden. Im Jahr 2009 wurde unter anderem mit dem sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Report¹ die Diskussion zum Thema „Wohlfahrtsmessung“ neu initiiert. Das BIP allein reicht nicht aus, um die Aspekte „Lebensqualität“, „Wohlstand“, „nachhaltige Entwicklung“ sowie „gesellschaftlicher Fortschritt“ messen zu können. Die Diskussion verläuft seitdem sowohl in Deutschland als auch im europäischen bzw. internationalen Kontext auf breiter gesellschaftlicher Ebene. Vorliegende Studien und Projektberichte zeigen, dass es nicht nur einen einzigen, ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator geben kann. Stattdessen werden Indikatorensysteme diskutiert, die, neben das BIP gestellt, die genannten Aspekte messen können².

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist ein anderer Bestandteil der regionalen VGR und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind das

¹ Vgl. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009, URL: http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht; Abruf vom 27.05.2013)

² Vgl. Hoffmann, S. und W.-D. Speich: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr – aktueller Stand der Diskussion. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 34–44

nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE) sowie der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeinkommen. Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des ANE sind, im Rahmen der Ermittlung der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum ANE werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (ANE je Arbeitnehmer bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen zum Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten (Lohnkosten/Arbeitsproduktivität [BIP bzw. BWS {in jeweiligen Preisen} je Erwerbstätigen bzw. je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen]) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/oder Wirtschaftsbereichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen VGR und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur BWS liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen (Länder- und Kreisebene). Die Ergebnisse zum verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren z. B. Aussagen zum

Prozess der Angleichung der neuen an die alten Länder. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen z. B. die Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerker und Vermieter sowie Konsumgüterproduzenten ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiterer Baustein der regionalen VGR weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die Bruttoanlageinvestitionen, die Privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in den die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wert-sachen sowie der Außenbeitrag einfließen. Die Summe der Verwendungsaggregate ergibt das BIP.

Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen [in jeweiligen Preisen] am BIP in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das BIP auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

Die Privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der Privaten Konsumausgaben auf Länderebene ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige Private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

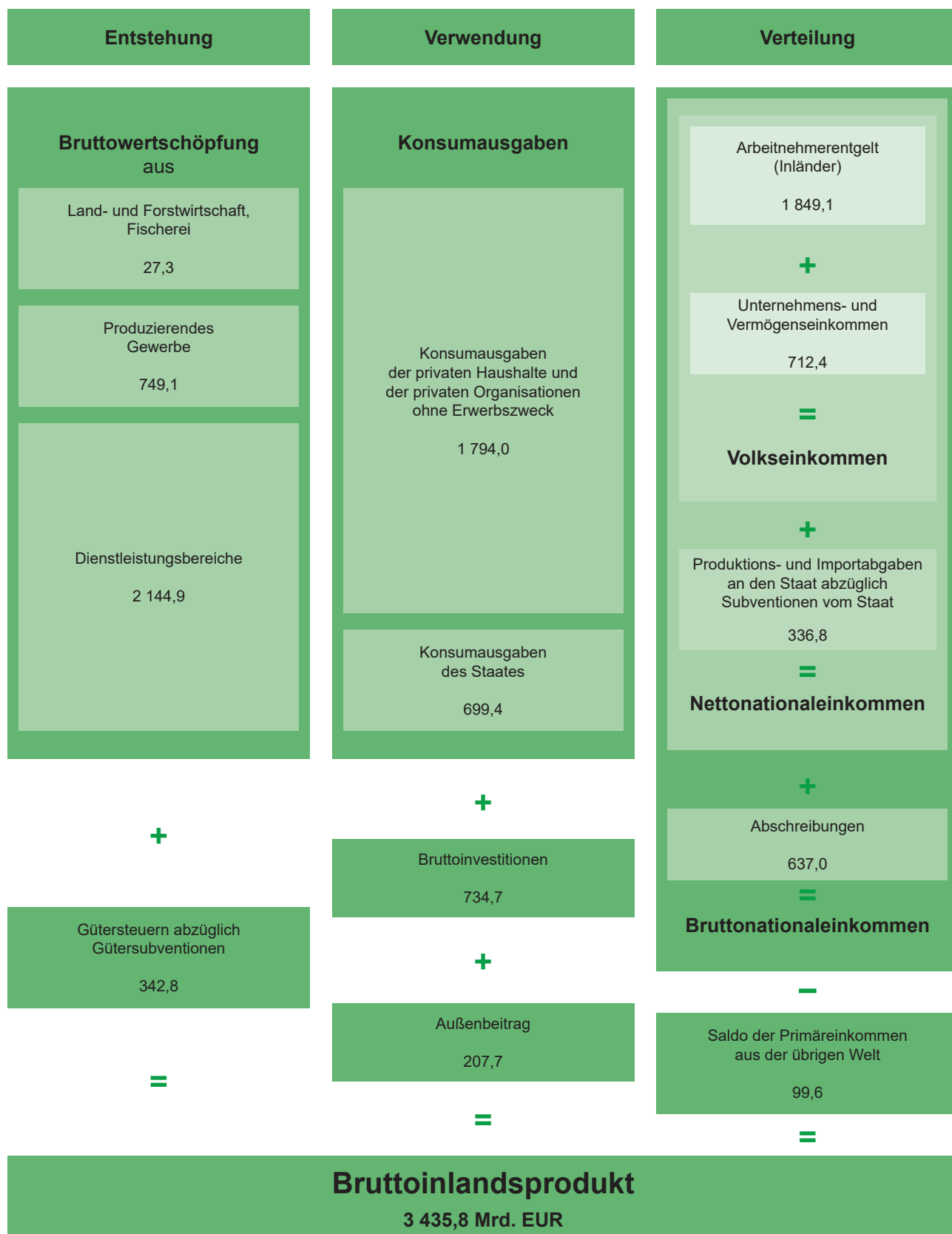
Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienst-

leistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und -verschuldung gefordert.

Eine weitere Komponente der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der VGR dieser Saldo zwischen den Ex- und Importen nur auf der

nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die VGR der Länder ein offenes Kreislaufsystem. Der Außenbeitrag ist in der Länderrechnung im Restposten enthalten.

Bruttoinlandsprodukt 2019 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand: Februar 2020.

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des BIP heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010, das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aller EU-Mitgliedstaaten vorgibt, empfiehlt für die regionalen VGR eine Pauschalverteilung dieses Saldos. Pauschal bedeutet, dass der von der nationalen VGR für Deutschland insgesamt ermittelte Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur regionalen Bruttowertschöpfung (BWS) auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind, wie z.B. die Mehrwertsteuer, Importabgaben, die Tabak- und Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder importierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden, wie z.B. Importsubventionen. Nach dem neuen ESVG 2010 werden – als quantitativ bedeutendste Änderung – die Leistungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen verbucht.

Das BIP kann in jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte BIP für 2019 in Preisen des Jahres 2018, bzw. für 2018 in Preisen des Jahres 2017 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking)

der Einzelergebnisse (zu Vorjahrespreisen) werden langfristige Vergleiche der preisbereinigten Werte möglich, wie beispielsweise des preisbereinigten BIP als Vergleichsgröße, um die Entwicklung der mengenmäßigen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

Das BIP ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten BIP zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander werden dagegen generell nominale Größen verwendet.

Das BIP bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt auf die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, das zutreffendere Produktivitätsmaß. Wirtschaftsbereiche bzw. Regionen mit einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten werden bei einem Bezug ihrer Wirtschaftsleistung auf die Zahl der Erwerbstätigen unproduktiver dargestellt als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem unter anderem die Berechnung der regionalen Erwerbstätigkeit obliegt, berechnet zusätzlich das „Arbeitsvolumen“ nach Wirtschaftsbereichen. Somit kann die aussagefähigere Produktivitätskennziffer BIP je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das BIP nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es zudem üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einzelner Regionen deren BIP bezogen auf die Zahl der Einwohner heranzuziehen.

Das BIP ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten der EU das öffentliche Defizit 3 % des BIP nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des BIP erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder aus dem EU-Strukturfondsprogramm für die benachteiligten Regionen Europas nach dem auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogenen BIP.

Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

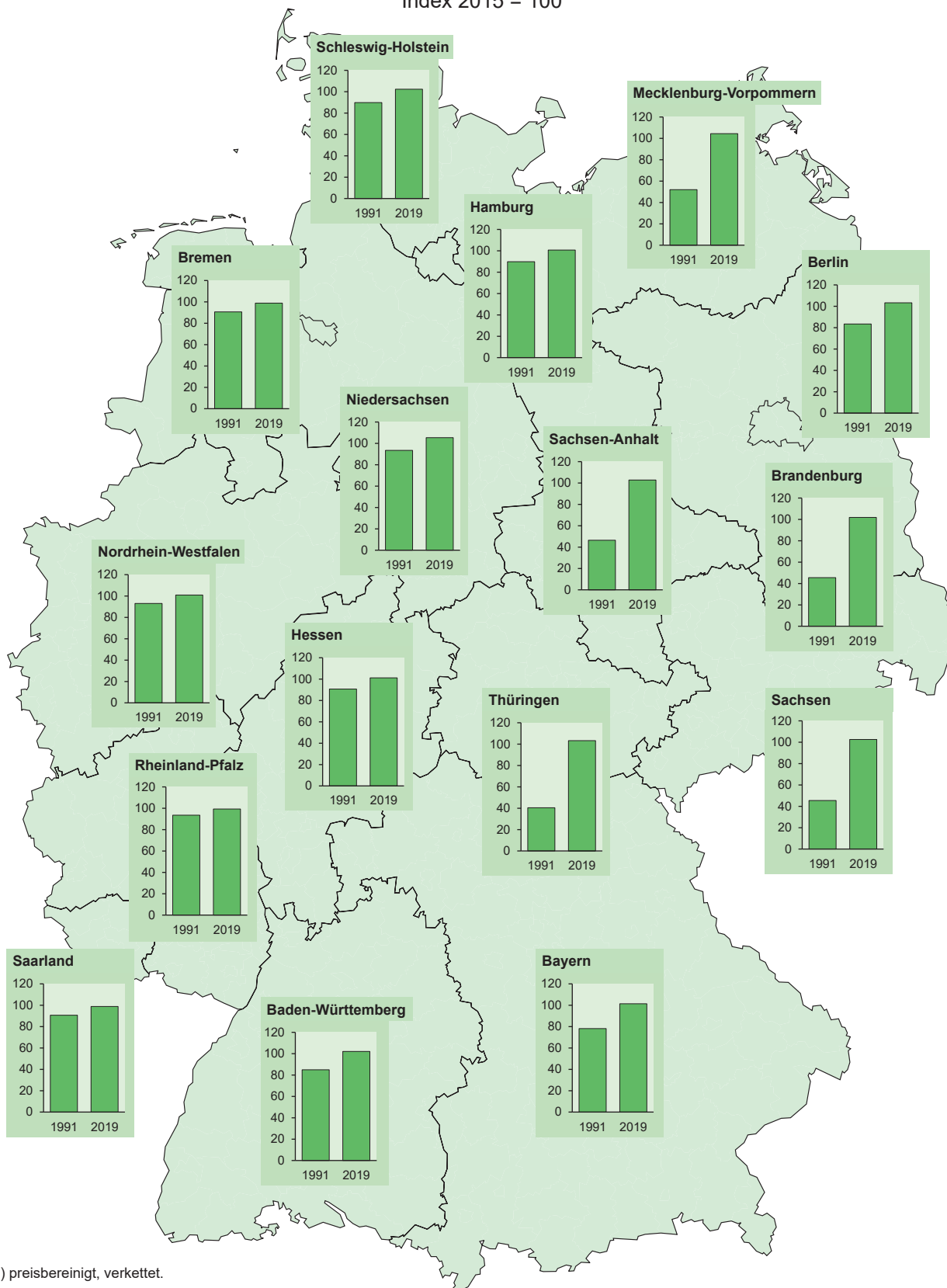
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

**Bruttoinlandsprodukt*) je Erwerbstätigen (Arbeitsproduktivität)
2019 gegenüber 1991 nach Bundesländern**
Index 2015 = 100



*) preisbereinigt, verkettet.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die BWS gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind unentgeltliche Tätigkeiten wie z.B. Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die BWS (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die BWS nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die BWS durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie z.B. Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen} \\ - \quad \text{Vorleistungen} \\ \hline = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird. Zusätzlich werden die „unterstellten Bankgebühren“ als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ berücksichtigt und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt für Produktionswert und Vorleistungen aufgeteilt. Eine weitere Größe, die zusätzlich zur BWS beiträgt, sind selbsterstellte und erworbene Leistungen für Forschung und Entwicklung, ebenfalls ermittelt nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren.

Die so berechnete BWS von Unternehmen ergibt aufsummiert die BWS der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der BWS der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Damit wird die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die BWS ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (BWS je Erwerbstätigen) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die BWS je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen BWS steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

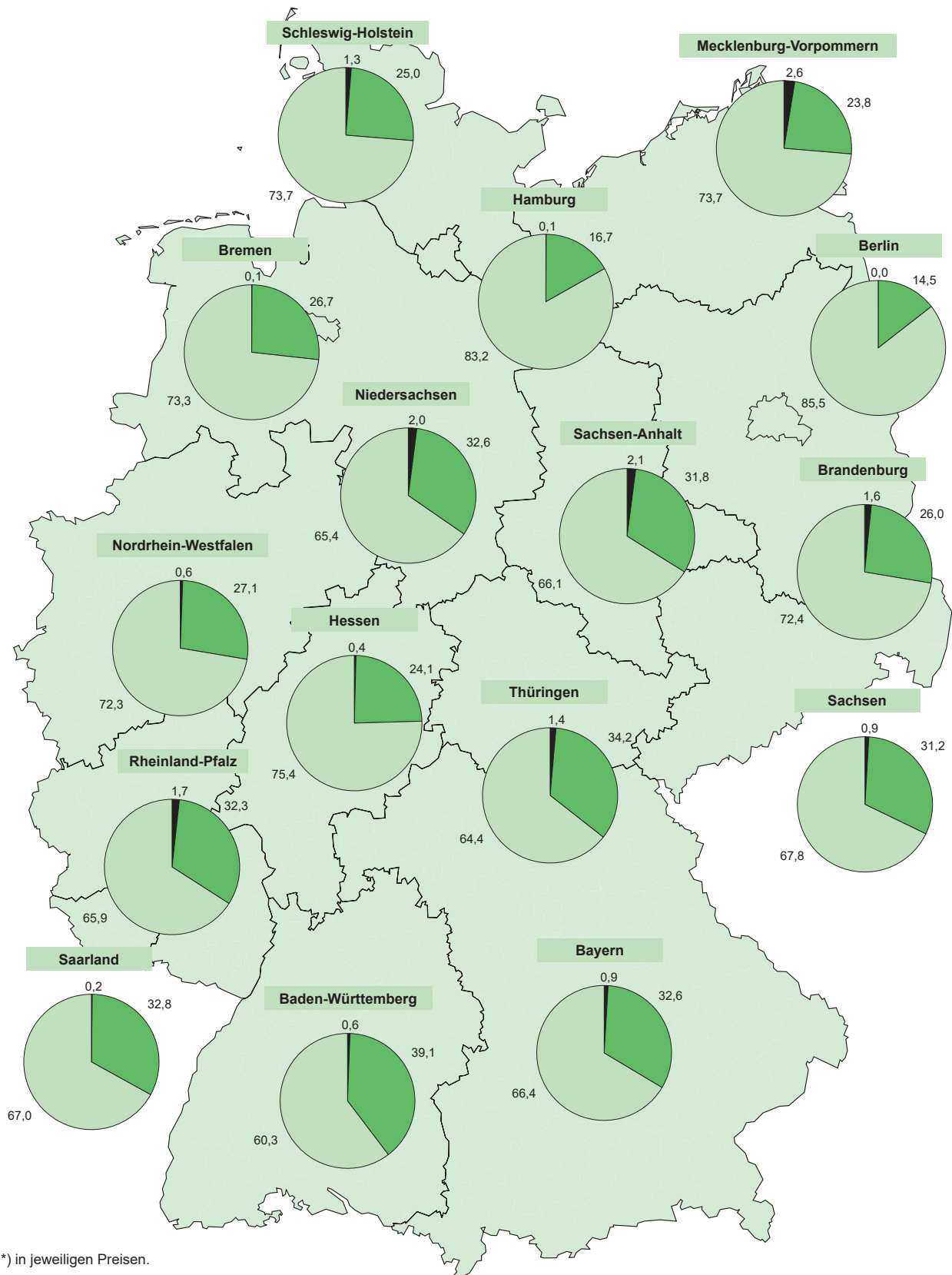
Bruttowertschöpfung*) 2019 nach Bundesländern

Anteil der Wirtschaftsbereiche
in %

Land- und Forstwirtschaft,
Fischerei

Produzierendes
Gewerbe

Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt (ANE) umfasst Bruttolöhne und -gehälter sowie tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Nicht dazu zählt das Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen. Erfasst werden sämtliche Geld- und Sachleistungen, die der Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aufwendet. Das ANE stellt also nicht nur eine Einkommensgröße der Arbeitnehmer dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. Das ANE wird sowohl als geleistetes Arbeitnehmerentgelt (Arbeitsortprinzip), als auch als empfangenes Arbeitnehmerentgelt (Wohnortprinzip) nachgewiesen. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der ANE der Pendler, also der Arbeitnehmer, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Mithilfe des Einkommensaggregats ANE können weitere gesamtwirtschaftliche Größen wie die Lohnquote oder die Lohnstückkosten berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Wohnortprinzip) am Volkseinkommen. Die Lohnstückkosten sind die Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. je Erwerbstätigenstunde).

Weiterhin ist die Entwicklung der Durchschnittsverdienste (ANE bzw. Bruttolöhne und -gehälter (BLG) je Arbeitnehmer) ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. Beispielsweise geht die Entwicklung der BLG als Grundlage der jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland in die Rentenformel ein.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

Bruttolöhne und -gehälter

+ Sozialbeiträge der Arbeitgeber

= Arbeitnehmerentgelt

Die Berechnung des ANE sowie der BLG in Bundesländern und Kreisen ermöglicht den regionalen Vergleich von Einkommensgrößen hinsichtlich ihres Niveaus, der Struktur und Entwicklung.

Die BLG umfassen alle Löhne und Gehälter vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer, die

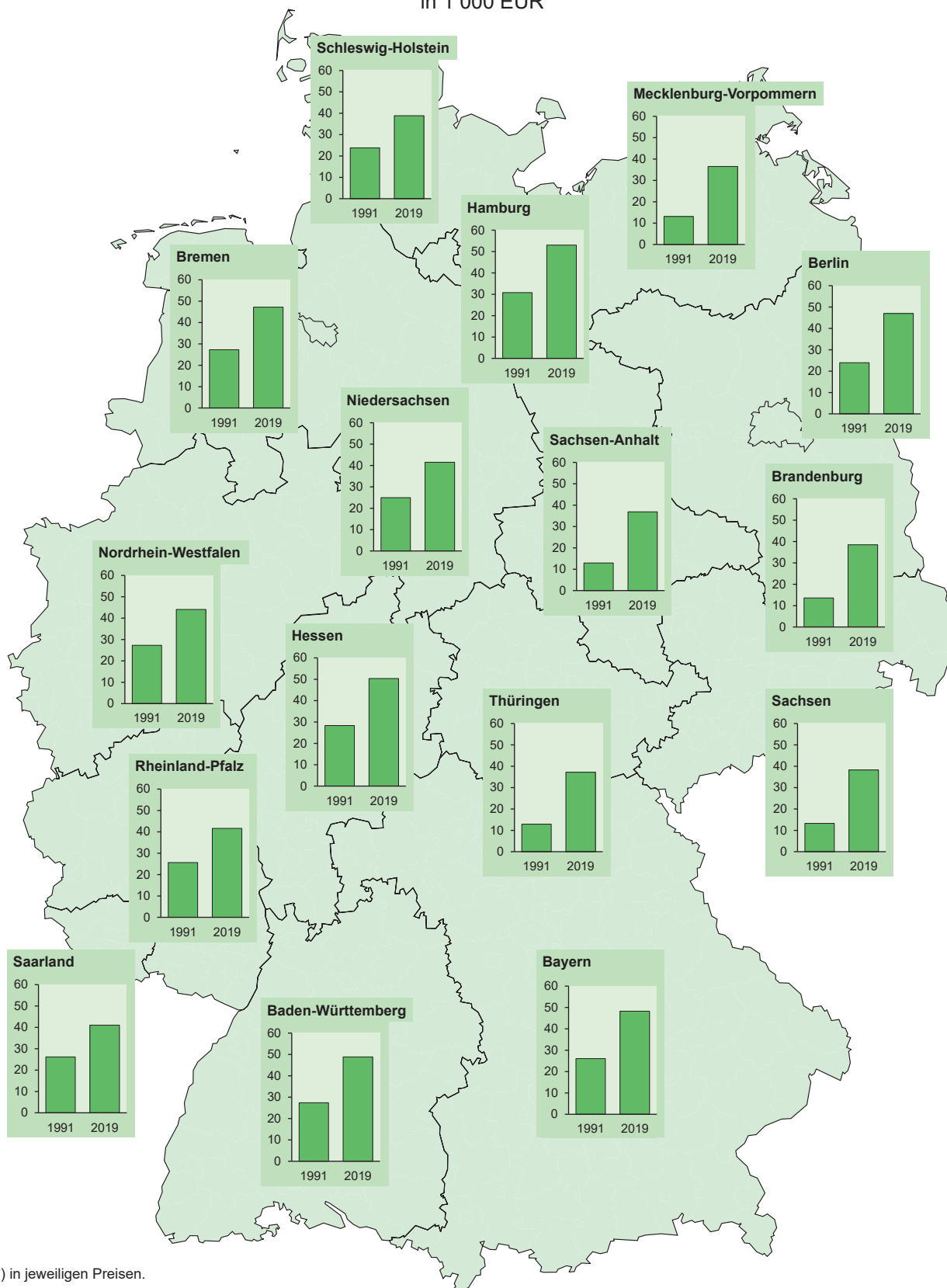
den Arbeitnehmern aus ihren Arbeits- und Dienstverhältnissen zufließen. Einbezogen wird eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile (z. B. Erschwerungszulagen oder Familien- und Kinderzuschläge). Dazu gehören weiterhin Heimarbeiterlöhne und Vergütungen für den Mehraufwand von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Enthalten sind auch Naturalvergütungen, die als geldwerter Vorteil gemessen werden, der dem Arbeitnehmer durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den Arbeitgeber entsteht. Auch Lohnfortzahlungen für ausgefallene Arbeitszeit (u.a. Feiertage, Urlaub) und Jahressonderzahlungen sind eingeschlossen. Hinzugerechnet werden außerdem BLG aus nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnissen bzw. geringfügigen abhängigen Tätigkeiten.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber schließen die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ein, außerdem vertraglich vereinbarte oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommene sowie unterstellte Sozialbeiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und weiterer Beihilfen und Unterstützungen für gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmer.

Das ANE bzw. die BLG werden auf Grundlage der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitnehmer, der entsprechenden Durchschnittsverdienste in den Wirtschaftszweigen und weiterer Daten zu den Sozialbeiträgen berechnet. Dabei wird nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) differenziert. Dadurch werden die deutlich kürzeren Arbeitszeiten und geringeren Durchschnittsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten berücksichtigt.

Zu den Arbeitnehmern zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Soldat, Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit unerheblich, sodass auch marginal Beschäftigte dazu gehören. Das sind Personen, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland hauptsächlich ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

**Arbeitnehmerentgelt*) je Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2019 gegenüber 1991
nach Bundesländern
in 1 000 EUR**



*) in jeweiligen Preisen.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen (BAI) sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen bilden sie die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Entwicklung der BAI hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern und Regionen, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der BAI zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der BAI am BIP. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der BAI von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die BAI umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen (Saldo). Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen.

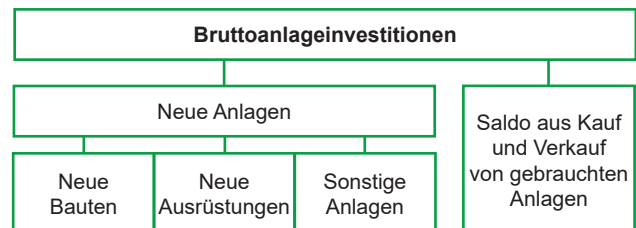
Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie beispielsweise Straßen, Brücken, Tunnel, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze oder Parks.

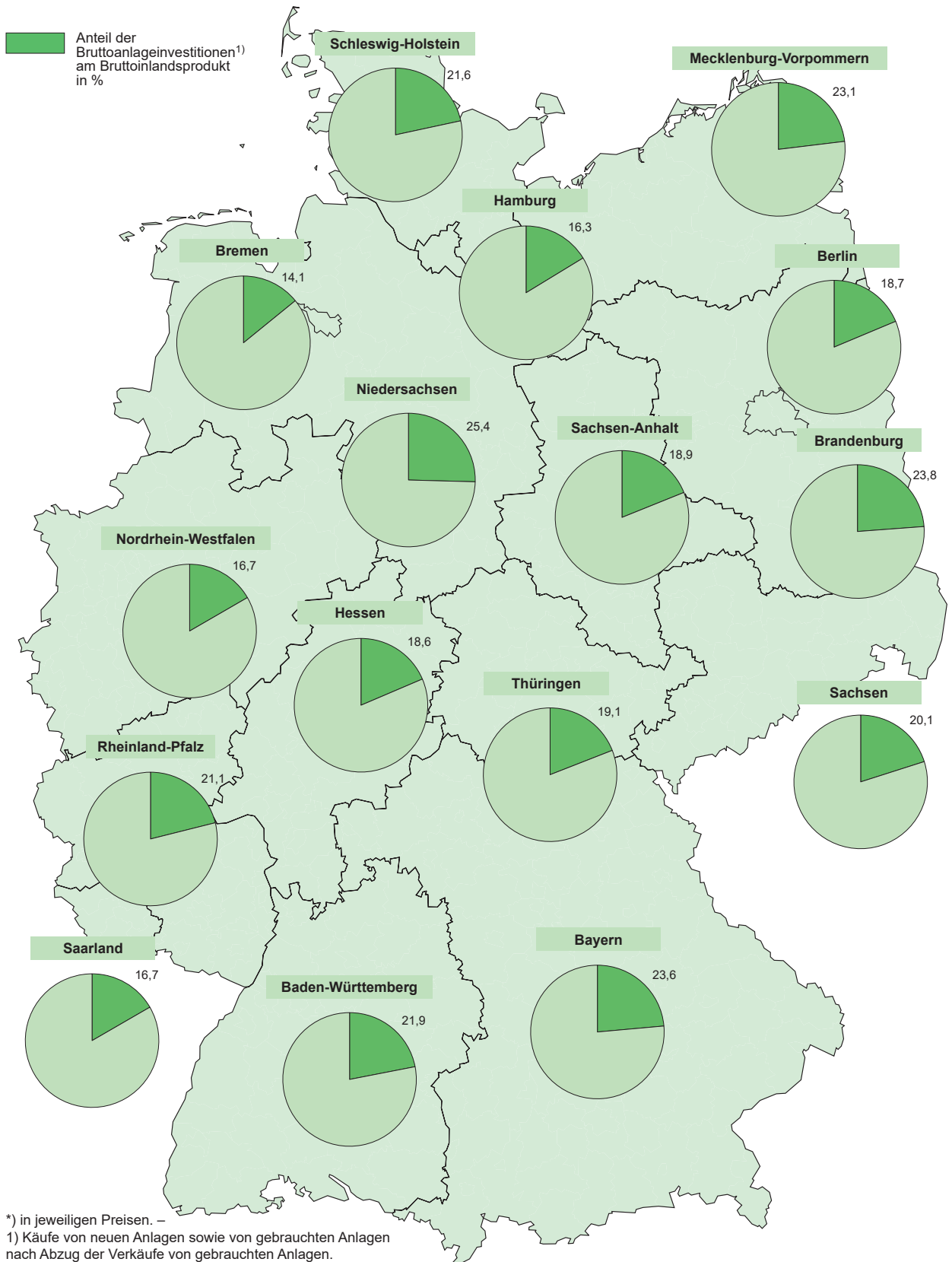
Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in geistiges Eigentum (Computersoftware und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Urheberrechte, Suchbohrungen) sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der BAI in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den BAI liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt*) (Investitionsquote) 2017 nach Bundesländern



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt (ANE), den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit (hierzu zählen auch unterstellte Mieten für selbst genutztes Wohneigentum) und dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das ANE schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber alle Zulagen mit ein, wie z.B. Akkord-, Schicht-, Schmutz-, Essens-, Wohnungs-, Fahrtkostenzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen oder Abfindungen. Bei den Primäreinkommen mit einbezogen ist zudem auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum, ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z.B. Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer), weiterhin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der VGR aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (z.B. im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers. Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (Arbeiter, Angestellte, Knappschaft, ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers z.B. auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen (Private Krankenversicherung sowie Kfz-Haftpflicht, Kfz-Unfall, Feuer, Einbruch, Leitungswasser, Glas, Hausrat, Rechtsschutz usw.) sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld,

Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen derzeit nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Mit der Wohnbevölkerung als Bezugsgröße wird der heterogenen Zusammensetzung des komplexen Einkommensbegriffs am besten Rechnung getragen, da sich dessen Einzelkomponenten (z.B. die verschiedenen sozialen Leistungen) jeweils auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen beziehen und aufgrund der Vielgestaltigkeit unseres Gesellschaftssystems schließlich jedes seiner Mitglieder in irgendeiner Weise als Bezieher von Erwerbs-, Vermögens- oder Transfereinkommen in Erscheinung tritt oder zumindest grundsätzlich in Betracht kommt. Dennoch ist die Wohnbevölkerung als Bezugsgröße nicht ganz unproblematisch, da natürlich das soziografische Gefüge der Bevölkerung maßgeblich auch deren (durchschnittliches) Einkommensniveau beeinflusst. Im Hinblick auf die Höhe der (absoluten) Erwerbseinkommen seien vor allem die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur (in Abhängigkeit von Qualifikation und Wirtschaftsstruktur) als maßgebliche Faktoren genannt. Für die Höhe der Abgabenbelastung und der sogenannten Transfereinkommen und entsprechend auch des Verfügbaren Einkommens sind des Weiteren vielerlei andere Gesichtspunkte von Belang, so z.B. die Altersstruktur und Haushaltsgröße, die Arbeitsmarktsituation, die (primäre) Einkommensverteilung und unzählige andere, teils persönliche Bestimmungsfaktoren. Aufgrund der bestehenden Rückkopplungseffekte zwischen demografischer Struktur und Einkommenshöhe erklären sich die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einkommen also nicht allein durch die Diskrepanz von erzielten Primär- und Transfereinkommen, sondern auch durch „Struktureffekte“ innerhalb der Bezugsgröße, also der jeweiligen Wohnbevölkerung.

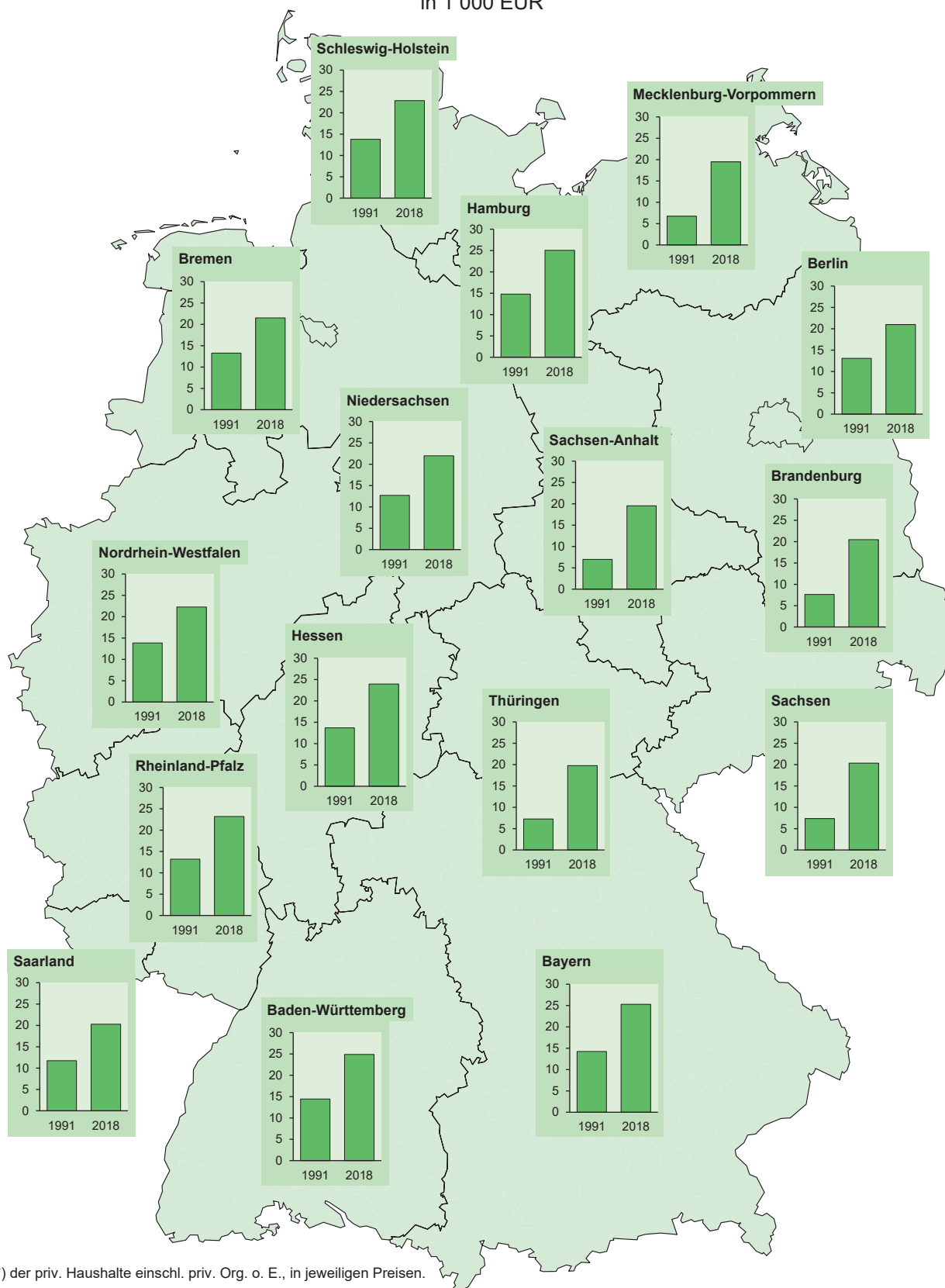
Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen

+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
–	geleistete Sozialbeiträge
–	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner 2018 gegenüber 1991 nach Bundesländern in 1 000 EUR



*) der priv. Haushalte einschl. priv. Org. o. E., in jeweiligen Preisen.

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) als auch für den Staat berechnet. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Privaten Konsumausgaben erläutert.

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte („Inländer“) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigenutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmer sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht enthalten in den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind Vorleistungen (z.B. Ausgaben für geschäftliche Zwecke) sowie Bruttoinvestitionen (z.B. Wohnungserwerb). Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwen-

det werden können (z.B. elektrischer Strom, Personenkraftwagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise vom Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung. In diesen Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.) bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazu zählen der Wert der von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck produzierten Güter (ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die ohne irgendwelche Umwandlungen als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Alterssicherungsansprüche einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der Inländer in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Privaten Konsumausgaben ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Privaten Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je Einwohner (z.B. Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

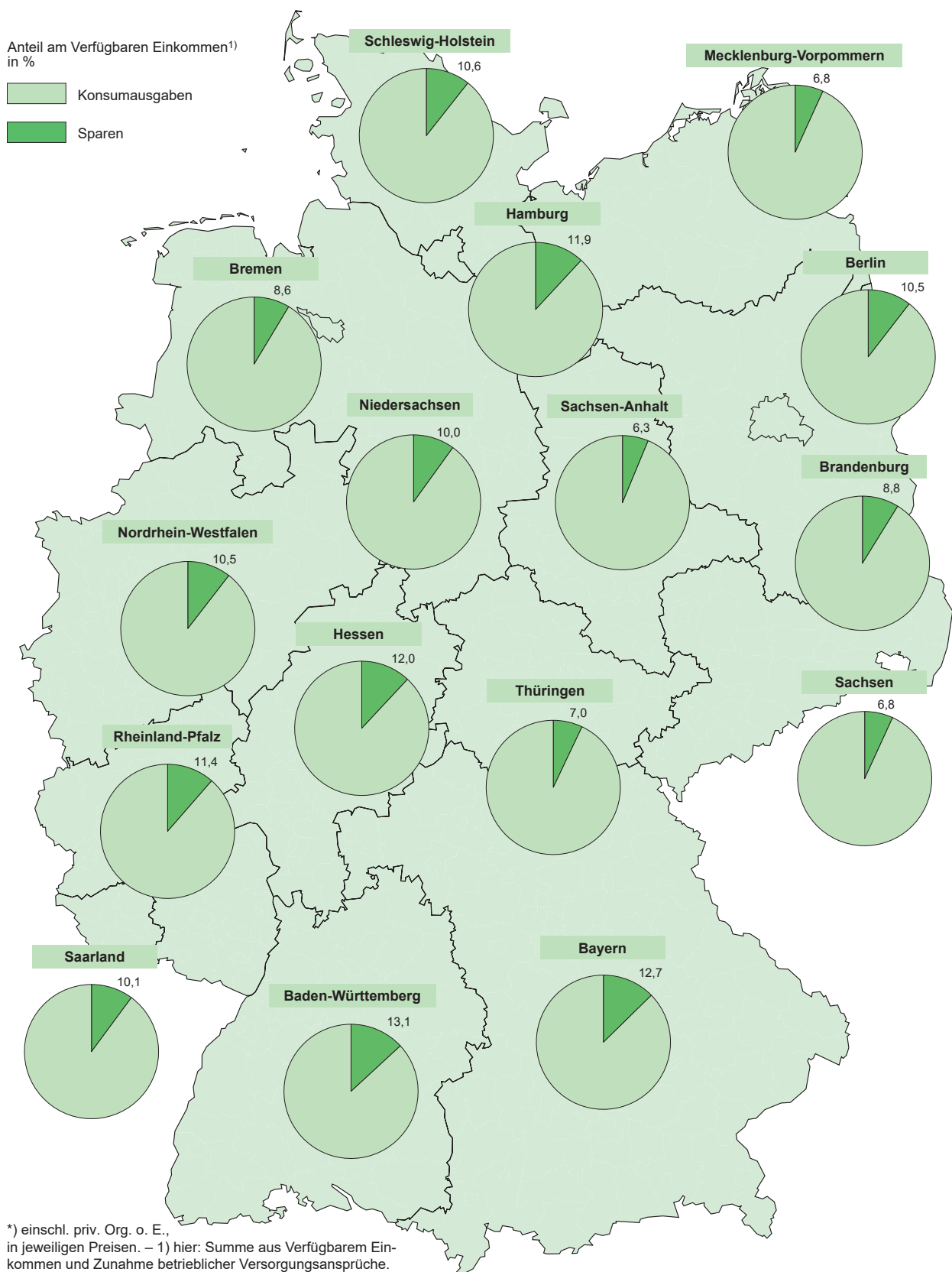
Konsum

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte*) 2018 nach Bundesländern



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Zeitpunkt	März 2020	April 2020	Mai 2020	Juni 2020
Anfang	Konsumausgaben des Staates 1991–2017 	Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:  Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei)  Gemeinschaftsveröffentlichungen: (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien)  Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download) Hinweise: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Be- rechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR).		
Mitte				
Ende	Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991–2019  Bruttoinlandsprodukt 1991–2019 Erwerbstätige 1991–2019 Einwohner 1991–2019 Arbeitsvolumen (Erwerbstätige) 2000–2019 	Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991–2019  Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter 1991–2019 Arbeitnehmer 1991–2019 Arbeitsvolumen (Arbeitnehmer) 2000–2019 		Bruttoanlage- investitionen Länderergebnisse 1991–2017  Bruttoanlage- investitionen 1991–2017 

Revisionsbedingt entfallene Länderergebnisse: ANE/BLG-Vorbericht, Anlagevermögen/Kapitalstock und Bruttonationaleinkommen.

Länder“ 2020

Juli 2020	August 2020	September 2020	Oktober 2020	November 2020
	Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991–2018 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991–2018 	Private Konsumausgaben Sparen Sparquote 1991–2018  Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts Länderergebnisse 1991–2019 	Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 1992, 1994–2018  Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 2000–2018 	
				Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 1995–2018 
	Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich 2020“ 	Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2020 (Berechnungsstand August 2020, Veränderungsraten) 	Broschüre „Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2020“ 	

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon 0711 641 - 24 70
Telefax 0711 641 - 24 01
vgr@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt
für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth
Telefon 0911 98208 - 66 63
Telefax 0911 98208 - 61 15
vgr@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 030 9021 - 37 40
Telefax 030 9021 - 37 75
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 21 40
Telefax 0421 361 - 64 80
vgr@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 588 - 5 60 42
Telefax 0385 509 - 5 69 73
vgr@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 8 25
Telefax 0611 3802 - 8 90
vgr@statistik.hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 92 33
Telefax 040 427 96 43 47
vgr@statistik-nord.de

Landesamt für Statistik
Niedersachsen
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 16 00
Telefax 0511 9898 - 43 21
vgr@statistik.niedersachsen.de

Information und Technik NRW
Statistisches Landesamt
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 29 59
Telefax 0211 44 20 06
vgr@it.nrw.de

LZD – Statistisches Amt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 59 50
Telefax 0681 501 - 58 74
vgr.statistik@lzd.saarland.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 18 60
Telefax 02603 71 - 39 80
vgr@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon 03578 33 - 34 00
Telefax 03578 33 - 34 98
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06110 Halle
Telefon 0345 2318 - 3 55
Telefax 0345 2318 - 9 23
vgr@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 57331 - 92 10
Telefax 0361 57331 - 96 17
vgr@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 24 71
Telefax 0611 75 - 39 52
vgr-entstehung@destatis.de

Bürgeramt, Statistik und Wahlen
Zeil 3
60313 Frankfurt am Main
Telefon 069 212 - 3 34 22
Telefax 069 212 - 3 63 01
VGR.statistik12@stadt-frankfurt.de

Länderübergreifende Datenanfragen, die über den unter www.vgrdl.de dargestellten Umfang an regionalen VGR-Daten hinausgehen, richten Sie bitte an die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter vgr@stala.bwl.de.

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Abteilungen	A*38	A*21	A*10	A*10 mit Zusammenfassungen	A*3
01 bis 03	AA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
05 bis 09	BA Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
10 bis 12	CA Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln; Getränkeherstellung; Tabakverarbeitung				
13 bis 15	CB Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen				
16 bis 18	CC Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckserzeugnissen				
19	CD Kokerei und Mineralölverarbeitung				
20	CE Herstellung von chemischen Erzeugnissen				
21	CF Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen				
22 + 23	CG Herstellung von Gummi-, Kunststoff- und Glaswaren, Keramik u.Ä.				
24 + 25	CH Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe darunter C Verarbeitendes Gewerbe	B - F Produzierendes Gewerbe
26	CI Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen				
27	CJ Herstellung von elektrischen Ausrüstungen				
28	CK Maschinenbau				
29 + 30	CL Fahrzeugbau				
31 bis 33	CM Herstellung von Möbeln, sonstigen Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen				
35	DA Energieversorgung				
36 bis 39	EA Wasserversorgung, Entsorgung u.Ä.				
41 bis 43	FA Baugewerbe		F Baugewerbe	F Baugewerbe	
45 bis 47	GA Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	G - I Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	G - J Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	
48 bis 53	HA Verkehr und Lagerei	H Verkehr und Lagerei			
55 + 56	IA Gastgewerbe	I Gastgewerbe			
59 bis 60	JA Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk				
61	JB Telekommunikation	J Information und Kommunikation	J Information und Kommunikation		
62 + 63	JC Informations- und elektronische Dienstleistungen				
64 bis 66	KA Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K Finanz- und Versicherungsdienstleister	K - N Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	
68	LA Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen	L Grundstücks- und Wohnungswesen		
69 bis 71	MA Freiberufliche und technische Dienstleister				
72	MB Forschung und Entwicklung				
73 bis 75	MC Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	M Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	M - N Unternehmensdienstleister		
77 bis 82	NA Sonstige Unternehmensdienstleister	N Sonstige Unternehmensdienstleister			
84	OA Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	O - Q Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit		
85	PA Erziehung und Unterricht	P Erziehung und Unterricht			
86	QA Gesundheitswesen	Q Gesundheits- und Sozialwesen			
87 + 88	QB Heime und Sozialwesen				
90 bis 93	RA Kunst, Unterhaltung und Erholung	R Kunst, Unterhaltung und Erholung			
94 bis 96	SA Sonstigen Dienstleister a.n.g.	S Sonstige Dienstleister a.n.g.			
97 + 98	TA Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	T Private Haushalte mit Hauspersonal, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	R - T Kunst, Unterhaltung und Erholung; Sonstige Dienstleister, Private Haushalte mit Hauspersonal	O - T Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal	G - T Dienstleistungsbereiche
Gesamte Volkswirtschaft (Summe der Bereiche)					

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
AK ETR	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
AK VGRdL	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
ANE	Arbeitnehmerentgelt
a.n.g.	anderweitig nicht genannt
BAI	Bruttoanlageinvestitionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLG	Bruttolöhne und -gehälter
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BWS	Bruttowertschöpfung
bzw.	beziehungsweise
DESTATIS	Statistisches Bundesamt
einschl.	einschließlich
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EUR	Euro
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
FISIM	Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (Financial Intermediation Services, Indirectly Measured)
FuE	Forschung und Entwicklung
GmbE	Gebiete mit besonderen Entwicklungsaufgaben
Kfz	Kraftfahrzeug
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
NUTS	Gebietssystematik für die Statistik (Nomenclature of Territorial Units for Statistics)
priv. Org. o. E.	private Organisationen ohne Erwerbszweck
R-LGR	Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
SNA	Internationales System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (System of National Accounts)
u.a.	unter anderem
u.Ä.	und ähnliche
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WZ	Klassifikation der Wirtschaftszweige
z.B.	zum Beispiel

Tabellenanhang

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –
bietet der Arbeitskreis im Internet unter www.vgrdl.de zum kostenlosen Download an.

Hinweis

Die Ergebnisse der Vermögensrechnung entfallen zum Berechnungsstand August 2019 und werden im Jahr 2021
(Berechnungsstand August 2020) erstmals nach VGR-Revision 2019 veröffentlicht.

1. Wirtschaftswachstum*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %									
1991	.	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	0,7	2,8	3,7	9,0	– 1,4	– 0,7	1,2	7,8	1,3
1993	– 4,1	– 1,7	2,9	11,7	– 4,1	– 0,0	– 1,7	9,8	– 1,7
1994	1,9	1,6	1,6	10,9	1,4	1,0	0,9	11,0	1,8
1995	1,6	0,9	1,5	7,9	– 0,0	0,5	0,9	7,5	– 1,0
1996	1,0	1,1	– 1,1	4,2	– 0,1	2,1	2,0	2,7	– 0,1
1997	1,8	2,1	– 1,9	2,3	2,6	3,6	1,7	1,5	1,7
1998	2,4	3,6	0,5	1,3	0,6	1,3	1,9	0,3	2,3
1999	2,5	2,8	– 0,1	4,1	– 0,4	1,6	2,9	2,4	1,5
2000	3,5	4,6	1,5	3,0	4,5	2,4	3,5	0,2	2,9
2001	3,3	2,9	– 0,2	0,3	1,9	5,4	2,4	– 1,0	– 0,2
2002	– 0,9	0,8	– 2,1	0,0	1,5	0,4	– 1,6	0,4	– 1,6
2003	– 0,2	– 1,5	– 2,4	– 0,0	0,9	– 2,3	0,4	– 0,2	– 0,4
2004	0,3	2,1	– 1,1	1,6	– 0,1	0,7	0,0	0,6	1,7
2005	0,5	1,3	1,8	0,8	1,1	1,5	0,3	– 0,4	1,9
2006	6,4	3,9	3,4	3,5	4,5	1,7	3,2	2,1	4,1
2007	3,7	3,2	3,0	1,5	1,3	2,2	2,5	3,4	2,8
2008	0,4	0,1	3,8	2,0	0,0	3,9	0,6	0,9	1,7
2009	– 9,8	– 4,2	– 1,1	– 2,8	– 9,5	– 4,1	– 7,2	– 1,2	– 5,4
2010	7,8	5,0	2,9	2,9	5,0	0,6	3,0	1,0	5,5
2011	5,2	6,1	3,9	1,0	2,0	0,5	3,6	2,3	4,7
2012	0,7	1,0	– 0,2	1,2	3,0	0,5	– 0,9	– 0,5	0,6
2013	0,7	1,3	0,3	0,5	– 1,0	3,0	0,5	0,2	– 0,9
2014	2,2	2,4	2,7	3,8	1,2	– 0,4	1,7	3,1	2,9
2015	2,7	1,9	3,8	1,5	0,8	2,9	0,8	1,0	– 0,4
2016	1,0	2,5	5,3	1,8	2,1	2,6	2,6	1,2	6,0
2017	3,6	3,4	3,3	2,2	1,1	0,9	1,9	3,9	0,8
2018	2,3	1,0	2,8	1,1	0,3	1,7	1,3	0,3	2,3
2019	0,1	0,5	3,0	0,8	0,2	2,2	1,1	1,5	0,9

*) Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

.	.	.	.	.	.	.	.	1991
1,0	0,7	– 0,7	9,5	8,8	1,2	17,0	1,9	1992
– 2,3	– 3,1	– 4,6	12,0	12,8	– 1,8	12,9	– 1,0	1993
1,2	1,6	2,7	12,3	10,3	0,9	12,2	2,4	1994
1,2	1,1	2,1	8,0	4,1	1,7	3,7	1,5	1995
– 0,1	– 0,5	– 2,6	2,9	3,2	1,1	2,7	0,8	1996
2,0	2,9	1,9	– 0,3	2,4	2,1	2,9	1,8	1997
2,0	0,3	2,3	1,2	0,4	0,6	2,3	2,0	1998
1,0	1,9	2,3	1,4	1,3	0,7	2,6	1,9	1999
2,3	2,1	4,4	0,4	1,1	2,4	1,8	2,9	2000
1,2	– 1,5	2,0	1,5	– 0,7	1,3	0,7	1,7	2001
0,2	0,9	– 1,5	2,0	2,3	– 1,9	0,1	– 0,2	2002
– 1,3	– 0,4	– 0,3	1,1	– 0,3	– 0,3	1,4	– 0,7	2003
1,3	2,4	3,2	1,9	1,0	1,6	1,6	1,2	2004
0,4	– 0,2	3,5	– 0,5	– 0,6	0,2	– 0,3	0,7	2005
2,9	3,6	3,1	4,5	3,7	2,8	3,6	3,8	2006
3,6	2,4	2,0	2,8	2,1	1,2	2,3	3,0	2007
1,2	0,3	0,2	– 0,2	0,3	2,5	– 0,3	1,0	2008
– 5,4	– 5,0	– 10,6	– 4,1	– 5,5	– 3,6	– 5,2	– 5,7	2009
2,4	5,3	5,1	3,3	4,5	1,0	5,0	4,2	2010
2,8	3,0	4,7	3,5	– 0,5	2,9	4,6	3,9	2011
– 0,4	1,3	– 1,5	0,6	2,6	2,7	– 0,0	0,4	2012
0,2	– 0,1	– 2,5	0,2	– 0,7	– 0,8	1,3	0,4	2013
2,0	2,1	3,2	3,2	1,1	1,7	3,6	2,2	2014
1,6	2,6	0,7	2,4	1,0	1,3	1,2	1,7	2015
1,1	1,1	– 0,3	1,8	1,8	2,4	1,5	2,2	2016
2,4	1,4	1,9	2,1	0,9	2,6	1,9	2,5	2017
1,6	1,3	– 0,1	1,2	0,1	1,7	0,3	1,5	2018
0,2	– 1,3	– 0,6	0,5	0,2	1,1	0,2	0,6	2019

2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	242 884	263 313	68 089	19 683	18 853	61 137	150 304	14 312	144 406
1992	255 866	283 121	75 252	24 556	19 427	63 681	158 844	17 634	153 180
1993	253 742	287 952	80 745	29 859	19 358	65 961	161 497	21 113	156 156
1994	262 645	298 303	83 400	34 453	19 979	67 960	165 682	24 462	162 564
1995	271 747	306 797	85 751	37 890	20 392	69 616	170 247	26 726	164 423
1996	276 777	312 206	84 993	39 735	20 436	71 178	174 469	27 685	165 464
1997	282 190	319 866	83 735	40 563	21 087	73 831	178 011	28 134	168 598
1998	291 100	333 718	84 138	41 617	21 354	75 807	181 871	28 289	174 401
1999	300 727	344 292	84 770	43 447	21 397	76 312	189 130	29 057	178 196
2000	308 823	357 900	85 534	44 672	22 290	77 837	193 586	29 253	183 712
2001	323 078	371 890	86 368	45 764	23 073	82 158	200 762	29 686	187 133
2002	325 510	380 498	86 096	46 254	23 657	83 116	201 389	29 882	186 124
2003	329 164	378 244	85 341	46 598	24 273	83 480	206 979	30 070	187 462
2004	333 276	390 718	85 425	47 824	24 446	85 436	209 970	30 438	192 288
2005	335 789	396 416	87 188	48 463	24 848	87 135	211 230	30 457	197 328
2006	357 283	413 508	90 563	50 770	26 077	88 325	218 077	31 448	206 858
2007	377 021	433 669	94 579	52 819	26 985	91 470	226 116	33 055	215 917
2008	381 903	436 940	98 968	54 621	27 325	94 516	229 183	33 877	221 893
2009	353 463	428 198	99 192	53 377	24 897	91 129	219 381	33 583	212 367
2010	382 897	452 128	103 052	55 770	26 358	93 643	226 703	34 651	225 760
2011	405 608	483 475	108 111	57 468	27 245	94 664	236 927	36 160	239 725
2012	414 608	496 512	109 772	58 905	28 517	97 009	237 951	36 421	244 817
2013	425 366	511 943	112 881	60 537	28 824	101 145	243 459	37 627	247 883
2014	442 683	534 066	118 519	63 742	29 798	103 431	253 765	39 407	259 058
2015	464 178	555 460	124 996	65 431	30 541	108 361	260 886	40 196	261 524
2016	475 212	577 861	133 218	67 163	31 424	110 686	271 532	41 005	280 276
2017	495 193	601 847	139 266	69 865	32 198	115 406	278 353	43 792	286 318
2018	513 438	616 674	145 547	71 903	32 835	118 912	285 833	44 684	297 301
2019	524 325	632 897	153 291	74 330	33 623	123 270	294 477	46 567	307 036

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

379 917	76 346	21 435	36 618	20 503	50 969	17 029	1 585 800	1991
400 435	80 038	22 256	45 533	25 615	53 885	22 738	1 702 060	1992
403 209	79 944	21 922	55 172	31 476	54 916	27 870	1 750 890	1993
414 887	82 936	22 906	63 987	36 204	56 662	32 519	1 829 550	1994
429 245	86 071	23 838	70 361	38 452	58 727	34 328	1 894 610	1995
430 662	86 172	23 255	73 008	40 069	59 664	35 606	1 921 380	1996
440 888	88 827	23 730	72 954	41 026	60 983	36 727	1 961 150	1997
452 910	89 825	24 182	74 098	41 578	61 807	37 725	2 014 420	1998
456 587	91 937	24 566	75 612	42 088	62 417	38 945	2 059 480	1999
465 177	93 617	25 343	75 609	42 470	63 740	39 525	2 109 090	2000
475 513	93 851	25 899	78 042	43 108	65 653	40 562	2 172 540	2001
482 970	95 725	25 852	80 675	44 511	64 774	41 087	2 198 120	2002
483 034	96 358	26 107	82 339	44 756	65 472	41 894	2 211 570	2003
496 191	99 310	27 244	84 603	45 628	66 894	42 830	2 262 520	2004
501 286	99 566	28 542	84 381	45 599	67 269	42 813	2 288 310	2005
518 563	103 467	29 768	88 686	47 699	69 368	44 619	2 385 080	2006
548 742	107 936	31 138	92 657	49 846	71 052	46 548	2 499 550	2007
561 833	109 464	31 492	93 577	50 592	73 298	47 011	2 546 490	2008
539 918	106 163	28 517	90 848	48 316	71 275	45 106	2 445 730	2009
554 213	112 475	30 049	94 818	51 120	72 935	47 829	2 564 400	2010
577 123	117 323	31 790	99 403	51 983	75 930	50 625	2 693 560	2011
582 710	120 490	32 018	101 330	54 120	78 768	51 363	2 745 310	2012
594 356	123 016	31 716	104 139	55 049	80 007	53 401	2 811 350	2013
617 470	127 528	33 254	109 328	56 318	82 868	56 197	2 927 430	2014
637 549	133 178	34 090	113 629	57 487	84 921	57 641	3 030 070	2015
652 269	136 419	34 314	117 041	59 003	87 473	59 206	3 134 100	2016
673 481	139 691	35 217	120 893	60 609	91 814	61 047	3 244 990	2017
694 839	143 655	35 710	124 374	61 755	94 670	62 240	3 344 370	2018
711 419	145 003	36 253	128 097	63 545	97 762	63 866	3 435 760	2019

3. Arbeitsproduktivität*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	46 939	43 456	39 912	16 526	47 389	59 770	50 811	17 115	43 750
1992	48 917	46 121	44 831	23 095	48 243	61 313	52 978	23 428	45 742
1993	49 275	47 301	48 329	28 947	48 668	63 848	54 362	28 589	46 879
1994	51 455	49 005	50 246	32 397	50 767	65 900	56 051	32 110	48 648
1995	53 113	50 364	51 616	34 798	52 980	68 235	57 674	34 075	48 680
1996	53 719	51 341	51 970	36 540	53 836	70 216	58 831	35 648	48 972
1997	54 473	52 535	52 298	37 303	55 314	73 284	60 105	36 838	49 804
1998	55 425	53 724	52 953	38 428	56 307	74 459	60 812	37 196	51 126
1999	56 293	54 446	53 405	39 921	55 912	73 994	62 212	37 880	51 157
2000	56 055	55 395	52 858	40 976	56 588	74 042	62 035	38 154	51 301
2001	58 142	57 237	54 024	43 004	58 390	77 627	64 131	39 646	52 491
2002	58 556	58 729	54 782	44 338	59 994	79 107	64 558	40 428	52 179
2003	59 772	59 101	55 101	45 361	62 050	80 353	67 261	41 441	52 830
2004	60 366	61 039	54 857	46 437	62 233	81 998	68 108	42 062	53 891
2005	60 745	61 728	55 994	47 435	63 393	82 926	68 728	42 204	55 520
2006	64 220	63 824	57 253	49 423	65 688	83 167	70 666	43 180	57 811
2007	66 616	65 722	58 584	50 409	66 871	84 166	72 328	44 568	59 304
2008	66 388	65 169	60 133	51 364	67 219	84 781	72 482	45 316	60 125
2009	61 810	63 625	59 277	49 545	61 646	80 574	69 117	44 609	57 056
2010	66 939	66 678	60 912	51 541	65 330	82 115	71 318	46 308	60 351
2011	69 901	70 052	63 330	53 135	66 599	81 832	73 590	49 038	63 035
2012	70 413	70 775	62 911	54 347	68 669	82 343	73 067	49 866	63 449
2013	71 332	72 113	63 462	55 913	69 203	84 755	74 419	51 606	63 660
2014	73 293	74 366	65 397	58 824	71 344	86 028	76 739	53 530	65 981
2015	76 213	76 195	67 524	60 267	73 011	89 438	78 075	54 395	66 054
2016	77 061	78 002	70 034	61 118	74 479	89 633	80 224	55 360	69 870
2017	79 178	79 965	71 047	62 782	75 433	91 966	80 785	58 511	70 573
2018	80 981	80 609	72 186	64 006	75 288	93 318	81 703	59 120	72 343
2019	81 984	81 916	74 239	65 853	76 643	95 286	83 319	61 366	74 069

*) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Inland).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR (in jeweiligen Preisen)

47 063	45 338	44 281	16 224	16 044	41 736	13 871	40 796	1991
49 158	47 226	45 810	23 128	22 588	43 742	21 722	44 371	1992
50 166	47 704	45 835	28 909	28 437	44 959	27 215	46 243	1993
52 119	49 483	48 019	32 581	32 031	46 432	30 912	48 300	1994
54 101	51 021	49 632	34 825	33 464	47 822	32 205	49 803	1995
54 024	50 824	48 219	36 129	35 471	48 369	33 808	50 487	1996
54 927	52 299	49 202	36 588	37 046	49 513	35 224	51 555	1997
55 338	52 082	49 263	37 173	37 642	50 019	35 391	52 329	1998
54 580	52 248	48 760	37 688	38 473	49 628	35 818	52 645	1999
53 992	51 780	48 965	37 766	39 616	49 663	36 592	52 766	2000
55 442	51 860	50 292	39 892	41 313	51 085	38 347	54 506	2001
56 555	52 644	50 369	41 702	43 406	50 788	39 665	55 416	2002
57 145	53 454	51 121	42 773	44 179	52 122	41 386	56 364	2003
58 384	54 573	52 960	43 937	45 143	53 246	42 072	57 480	2004
59 086	54 608	55 299	44 235	45 736	53 683	42 415	58 210	2005
60 831	56 320	57 768	45 996	47 342	54 955	43 869	60 237	2006
63 331	57 580	60 234	47 348	48 767	55 407	44 976	62 067	2007
63 944	57 482	60 583	47 548	49 147	56 368	45 122	62 356	2008
61 548	55 781	55 141	46 363	47 112	54 588	43 517	59 793	2009
63 067	59 040	57 853	48 116	49 789	55 788	45 782	62 473	2010
64 783	60 948	60 536	50 338	50 863	57 500	48 248	64 836	2011
64 775	62 096	60 914	50 891	53 223	59 305	48 930	65 335	2012
65 622	63 092	60 795	51 996	54 414	59 968	51 127	66 384	2013
67 644	64 898	63 782	54 401	55 967	61 714	53 983	68 524	2014
69 123	67 153	65 162	56 662	57 324	62 618	55 376	70 267	2015
70 016	68 233	64 943	57 893	58 794	63 606	56 860	71 792	2016
71 466	69 305	66 154	59 187	60 277	65 748	58 401	73 336	2017
72 757	70 626	66 833	60 360	61 375	66 826	59 398	74 561	2018
73 832	70 842	67 862	61 967	63 244	68 359	61 047	75 927	2019

4. Arbeitnehmerentgelt (Inland) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)									
1991	127 795	137 447	37 847	15 369	10 222	29 054	75 975	10 479	73 547
1992	137 647	150 288	41 334	17 565	10 847	31 421	82 542	11 886	79 720
1993	137 080	153 562	43 887	19 568	10 952	31 979	84 108	13 259	80 958
1994	139 242	157 668	44 982	21 527	11 020	32 628	85 602	14 606	82 233
1995	144 216	162 622	46 430	23 301	11 151	33 061	88 254	15 864	85 444
1996	145 848	163 970	46 167	23 696	11 096	33 184	89 057	15 987	86 023
1997	147 176	165 451	45 351	23 753	11 108	33 161	88 981	15 834	86 668
1998	151 175	171 012	45 798	23 795	11 231	33 728	90 903	15 929	88 451
1999	157 031	176 808	46 066	24 268	11 455	34 300	93 759	16 338	91 076
2000	165 814	185 614	47 182	24 568	11 719	35 475	98 681	16 498	95 054
2001	170 838	191 123	47 131	24 429	11 983	36 444	101 100	16 370	96 006
2002	173 065	193 176	46 709	24 283	11 961	36 495	102 305	16 343	96 471
2003	174 845	193 791	46 104	24 037	12 168	36 463	103 188	16 250	97 460
2004	175 487	194 847	46 024	24 024	12 137	36 653	103 069	16 193	97 468
2005	176 397	195 891	45 670	23 877	12 184	37 334	102 929	16 162	96 213
2006	180 914	200 295	46 175	24 208	12 540	38 065	105 266	16 291	98 839
2007	186 471	207 722	47 395	25 072	12 883	39 245	109 040	16 817	100 851
2008	193 383	216 816	49 213	25 967	13 415	41 133	113 959	17 328	104 154
2009	190 273	216 848	50 450	26 585	13 444	42 209	113 600	17 790	106 364
2010	196 903	225 034	52 250	27 387	13 697	42 862	115 608	18 166	109 572
2011	206 590	236 189	54 629	28 383	14 281	44 470	120 499	18 684	114 800
2012	216 019	247 428	56 658	28 998	14 793	46 672	124 296	19 295	119 388
2013	223 563	256 052	58 605	29 864	15 343	48 702	127 200	19 628	123 285
2014	231 810	267 447	61 718	30 882	15 787	50 457	132 178	20 347	128 748
2015	240 970	280 049	65 505	32 249	16 247	52 381	137 000	21 339	133 826
2016	250 365	292 568	69 300	33 430	16 910	54 770	141 856	22 156	138 913
2017	261 759	306 154	74 542	35 041	17 635	56 795	148 271	23 036	143 989
2018	273 336	321 745	79 880	36 731	18 545	59 274	155 377	24 072	150 334
2019	285 010	335 788	85 995	38 533	19 292	62 344	161 984	25 147	157 042

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt in Mill. EUR (Inland)

201 439	38 034	11 579	28 286	15 693	25 770	14 923	853 459	1991
216 396	41 158	12 399	31 483	17 756	27 863	16 122	926 427	1992
218 408	41 683	12 465	34 814	19 918	28 352	17 863	948 855	1993
220 959	42 841	12 677	38 270	21 779	29 175	19 455	974 663	1994
227 259	44 363	13 030	41 908	23 430	30 266	20 788	1 011 385	1995
229 789	44 888	13 119	42 668	23 471	30 667	21 031	1 020 661	1996
231 822	45 178	13 126	42 217	23 134	30 742	21 036	1 024 739	1997
237 032	46 176	13 484	42 403	23 216	30 884	21 669	1 046 887	1998
243 605	47 326	13 931	43 309	23 424	31 730	22 659	1 077 083	1999
253 281	49 471	14 611	43 733	23 004	32 818	22 824	1 120 347	2000
255 273	50 085	15 073	43 597	22 759	33 301	22 858	1 138 370	2001
256 453	50 451	14 877	43 510	22 686	33 446	22 838	1 145 070	2002
255 889	50 806	14 956	43 929	22 648	33 356	22 826	1 148 715	2003
257 102	51 099	15 176	44 115	22 708	33 098	23 097	1 152 296	2004
256 287	50 900	15 164	43 458	22 435	32 899	22 961	1 150 761	2005
257 443	51 684	15 272	44 426	22 832	33 090	23 387	1 170 728	2006
262 924	52 990	15 570	45 896	23 332	33 994	24 079	1 204 279	2007
273 076	54 655	15 693	47 685	24 336	34 951	24 945	1 250 708	2008
274 984	55 409	15 452	48 134	24 982	35 414	24 974	1 256 914	2009
281 797	56 638	16 116	49 895	25 810	36 090	25 781	1 293 606	2010
293 895	58 545	16 791	51 594	26 556	37 255	26 682	1 349 842	2011
305 485	60 549	17 058	53 485	27 391	38 358	27 639	1 403 513	2012
310 930	62 867	17 417	55 208	27 787	39 346	28 374	1 444 171	2013
323 780	64 950	17 776	57 330	28 683	40 462	29 414	1 501 769	2014
334 694	67 234	18 155	60 136	29 708	41 926	30 587	1 562 005	2015
345 987	69 310	18 621	62 694	30 683	43 631	31 585	1 622 780	2016
359 155	71 655	19 176	65 374	31 821	45 639	32 995	1 693 037	2017
374 079	74 463	19 704	68 166	32 840	47 688	34 023	1 770 255	2018
389 352	77 244	20 211	71 249	34 011	49 655	35 250	1 848 107	2019

5. Lohnkosten*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)									
1991	27 383	26 060	23 939	13 578	27 267	30 789	28 340	13 094	24 937
1992	29 158	28 047	26 731	17 697	28 675	32 877	30 379	16 765	26 565
1993	29 591	28 918	28 677	20 463	29 477	33 792	31 305	19 241	27 143
1994	30 400	29 708	29 821	21 913	30 088	34 604	32 071	20 665	27 503
1995	31 462	30 660	30 890	23 177	31 169	35 489	33 200	21 810	28 270
1996	31 647	31 027	31 383	23 667	31 451	35 907	33 456	22 251	28 498
1997	31 805	31 285	31 635	23 832	31 314	36 242	33 591	22 437	28 664
1998	32 153	31 647	32 215	24 095	31 797	36 628	34 003	22 672	28 980
1999	32 744	32 076	32 404	24 612	32 248	36 823	34 417	23 089	29 141
2000	33 439	32 793	32 594	25 030	32 055	37 330	35 171	23 375	29 476
2001	34 164	33 483	33 046	25 646	32 763	38 141	35 931	23 905	29 924
2002	34 618	33 932	33 440	26 069	32 888	38 580	36 525	24 335	30 099
2003	35 386	34 532	33 787	26 319	33 887	39 076	37 470	24 810	30 657
2004	35 503	34 805	33 845	26 400	33 976	39 190	37 476	24 922	30 559
2005	35 719	34 943	33 872	26 716	34 469	39 587	37 651	25 132	30 392
2006	36 422	35 405	33 785	26 962	34 970	40 074	38 342	25 163	31 028
2007	36 861	35 996	33 913	27 342	35 163	40 471	39 051	25 482	31 084
2008	37 546	36 935	34 520	27 969	36 084	41 260	40 219	26 047	31 595
2009	37 160	36 782	34 922	28 311	36 366	41 734	40 073	26 612	31 974
2010	38 419	37 856	35 822	29 007	37 132	42 179	40 778	27 347	32 775
2011	39 677	38 964	37 045	30 001	38 165	43 228	41 890	28 402	33 761
2012	40 837	40 050	37 475	30 534	38 902	44 429	42 660	29 387	34 616
2013	41 705	40 849	37 942	31 373	40 142	45 637	43 400	29 865	35 339
2014	42 659	42 027	39 114	32 337	41 040	46 788	44 485	30 795	36 427
2015	43 862	43 193	40 535	33 769	42 038	48 039	45 490	32 169	37 393
2016	44 849	44 258	41 608	34 609	43 214	49 184	46 368	33 215	38 175
2017	46 087	45 426	43 301	35 667	44 436	50 131	47 458	34 094	39 037
2018	47 356	46 801	44 932	36 894	45 671	51 427	48 860	35 214	40 179
2019	48 795	48 207	47 017	38 436	47 190	53 051	50 300	36 515	41 517

*) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019/Februar 2020.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in EUR (Inland)

27 278	25 622	26 160	13 242	12 912	23 795	12 881	24 172	1991
29 024	27 487	27 791	17 135	16 657	25 400	16 560	26 658	1992
29 764	28 091	28 379	19 744	19 274	26 086	18 934	27 749	1993
30 476	28 849	29 035	21 149	20 731	26 944	20 187	28 556	1994
31 452	29 662	29 706	22 502	21 977	27 804	21 331	29 534	1995
31 685	29 812	29 890	22 919	22 446	28 074	21 841	29 843	1996
31 787	29 927	30 004	23 090	22 644	28 223	22 105	30 029	1997
31 892	30 116	30 196	23 294	22 811	28 240	22 310	30 316	1998
32 024	30 200	30 289	23 735	23 262	28 470	22 899	30 661	1999
32 253	30 654	30 771	24 118	23 335	28 835	23 313	31 157	2000
32 677	31 029	31 785	24 655	23 808	29 275	23 948	31 770	2001
33 015	31 135	31 521	24 977	24 264	29 677	24 505	32 161	2002
33 391	31 671	32 049	25 504	24 634	30 102	25 143	32 724	2003
33 474	31 582	32 442	25 768	24 883	29 928	25 349	32 828	2004
33 542	31 473	32 413	25 826	25 065	29 909	25 493	32 945	2005
33 557	31 773	32 702	26 159	25 262	29 830	25 805	33 298	2006
33 709	31 959	33 047	26 547	25 397	30 160	26 103	33 636	2007
34 489	32 463	33 004	27 363	26 198	30 607	26 824	34 399	2008
34 754	32 865	32 729	27 792	26 904	30 842	27 112	34 520	2009
35 563	33 502	33 977	28 670	27 736	31 440	27 852	35 409	2010
36 556	34 204	34 926	29 581	28 665	32 170	28 706	36 465	2011
37 579	35 012	35 412	30 398	29 697	32 924	29 701	37 430	2012
37 977	36 089	36 329	31 140	30 227	33 534	30 534	38 150	2013
39 244	36 935	36 988	32 108	31 385	34 182	31 660	39 250	2014
40 083	37 825	37 653	33 633	32 604	34 993	32 865	40 344	2015
40 899	38 584	38 357	34 686	33 550	35 762	33 779	41 278	2016
41 826	39 437	39 176	35 677	34 593	36 665	34 948	42 351	2017
42 870	40 485	40 034	36 768	35 647	37 672	35 864	43 569	2018
44 118	41 632	41 052	38 209	36 888	38 782	37 170	44 964	2019

6. Investitionsquote*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)									
1991	24,7	28,1	22,5	41,4	18,1	16,5	21,9	49,5	27,8
1992	24,3	27,4	23,0	44,8	17,5	18,1	21,4	61,6	26,4
1993	23,1	24,6	21,9	49,6	18,3	17,1	20,5	60,2	24,0
1994	21,8	25,3	20,4	51,9	15,4	15,4	18,3	57,6	23,6
1995	20,4	24,8	20,5	46,9	14,6	14,2	18,7	55,0	23,4
1996	20,3	24,4	24,5	48,1	15,7	14,0	17,4	48,1	22,9
1997	19,6	22,9	28,1	45,0	14,9	14,7	18,0	43,7	23,7
1998	20,1	23,7	23,0	43,9	15,9	15,6	18,4	40,5	24,8
1999	20,3	23,5	22,3	40,9	17,9	14,8	18,6	37,4	26,3
2000	21,2	24,3	20,8	37,4	18,1	16,3	18,4	35,3	26,6
2001	21,6	23,0	19,1	30,7	16,9	17,9	18,7	30,2	25,3
2002	20,5	21,7	16,4	27,1	17,0	19,2	17,0	26,2	23,9
2003	19,3	22,4	14,6	24,1	13,3	18,4	16,2	25,4	24,8
2004	19,8	21,3	15,7	23,7	15,4	21,4	16,3	25,0	21,7
2005	19,2	20,4	17,7	23,1	14,2	22,6	17,9	26,9	19,9
2006	20,2	23,7	17,3	23,3	14,9	23,4	17,4	27,6	20,8
2007	20,4	22,9	17,8	21,8	15,1	25,6	18,3	23,0	21,5
2008	21,2	23,2	17,3	22,3	15,3	26,4	20,0	23,7	20,8
2009	20,6	21,5	16,8	19,9	14,4	20,4	16,7	21,0	22,8
2010	19,8	21,6	17,0	20,5	14,8	24,5	17,6	22,2	22,4
2011	20,6	23,2	16,4	20,6	14,4	20,9	19,2	24,2	24,0
2012	21,7	22,9	18,6	22,4	18,7	20,5	17,7	23,6	24,4
2013	20,9	22,7	18,3	21,0	16,3	21,1	17,9	20,6	24,4
2014	20,5	23,0	19,3	21,6	13,8	21,3	17,3	21,5	24,4
2015	20,8	23,1	19,8	22,0	16,8	21,6	17,1	21,9	24,9
2016	21,0	23,0	19,3	23,6	15,8	19,7	18,0	24,1	24,7
2017	21,9	23,6	18,7	23,8	14,1	16,3	18,6	23,1	25,4

*) Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

20,5	23,7	20,7	42,7	42,8	21,7	45,8	24,9	1991
20,2	22,7	20,3	41,6	54,2	22,3	52,5	25,2	1992
18,4	21,9	18,6	39,3	53,4	21,2	55,6	24,1	1993
17,9	22,7	19,6	46,5	54,9	22,1	55,6	24,1	1994
17,1	22,9	20,6	46,1	52,9	22,9	50,2	23,5	1995
17,2	21,2	21,0	45,6	44,9	21,4	39,6	23,0	1996
17,1	21,8	21,2	43,0	41,7	21,8	38,7	22,7	1997
17,7	22,8	24,6	39,0	41,0	23,0	36,8	22,8	1998
19,2	23,2	23,6	36,3	36,7	23,8	38,1	23,0	1999
19,7	23,9	23,4	35,4	33,8	22,8	34,1	23,1	2000
19,0	21,9	18,6	27,2	25,8	20,5	31,7	21,8	2001
17,1	21,8	18,9	23,0	23,1	18,3	26,4	20,1	2002
16,3	19,5	18,8	22,8	22,1	18,1	26,4	19,5	2003
15,7	18,9	15,8	23,2	22,2	17,3	22,4	19,1	2004
16,7	18,7	15,1	21,3	20,5	17,4	23,1	19,1	2005
16,2	19,4	16,2	20,9	19,0	19,8	23,4	19,8	2006
16,3	20,3	16,7	23,8	19,5	19,9	24,1	20,1	2007
16,3	20,2	16,5	22,2	19,6	19,9	26,2	20,3	2008
15,9	20,6	15,0	20,9	21,2	18,6	22,2	19,3	2009
16,0	20,0	18,2	22,6	19,8	21,2	21,3	19,5	2010
16,6	21,1	17,3	23,7	18,9	22,7	22,0	20,4	2011
15,9	20,5	16,9	23,0	19,7	21,5	21,8	20,3	2012
15,8	21,2	17,5	21,2	18,7	18,9	20,0	19,9	2013
16,1	21,4	17,6	20,9	18,3	21,5	20,0	20,0	2014
15,7	20,9	18,0	19,3	18,8	20,6	19,1	20,0	2015
16,1	20,5	17,3	21,2	19,0	23,2	20,8	20,3	2016
16,7	21,1	16,7	20,1	18,9	21,6	19,1	20,5	2017

7. Kapitalstock*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
------	-----------------------	--------	--------	------------------	--------	---------	--------	----------------------------	--------------------

Kettenindex (2015 = 100)

1991	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1992	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1993	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1994	...	...	...	.	...	...	...	.	...
1995	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1996	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1997	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1998	...	...	...	...	...	...	...	...	...
1999	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2000	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2001	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2002	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2003	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2004	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2005	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2006	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2007	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2008	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2009	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2010	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2011	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2012	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2013	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2014	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2015	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2016	...	...	...	...	...	...	...	...	...
2017	...	...	...	...	...	...	...	...	...

*) Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2015 = 100). – Die Ergebnisse der Vermögensrechnung entfallen zum Berechnungsstand August 2019 und werden im Jahr 2021 (Berechnungsstand August 2020) erstmals nach VGR-Revision 2019 veröffentlicht.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Kettenindex (2015 = 100)

...	...	...	.	.	...	.	...	1991
...	...	...	.	.	...	.	...	1992
...	...	...	.	.	...	.	...	1993
...	...	...	.	.	...	.	...	1994
...	...	...	...	...	...	...	...	1995
...	...	...	...	...	...	...	...	1996
...	...	...	...	...	...	...	...	1997
...	...	...	...	...	...	...	...	1998
...	...	...	...	...	...	...	...	1999
...	...	...	...	...	...	...	...	2000
...	...	...	...	...	...	...	...	2001
...	...	...	...	...	...	...	...	2002
...	...	...	...	...	...	...	...	2003
...	...	...	...	...	...	...	...	2004
...	...	...	...	...	...	...	...	2005
...	...	...	...	...	...	...	...	2006
...	...	...	...	...	...	...	...	2007
...	...	...	...	...	...	...	...	2008
...	...	...	...	...	...	...	...	2009
...	...	...	...	...	...	...	...	2010
...	...	...	...	...	...	...	...	2011
...	...	...	...	...	...	...	...	2012
...	...	...	...	...	...	...	...	2013
...	...	...	...	...	...	...	...	2014
...	...	...	...	...	...	...	...	2015
...	...	...	...	...	...	...	...	2016
...	...	...	...	...	...	...	...	2017

8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	60 010	74 020	15 309	8 139	3 413	10 068	32 917	7 081	40 201
1992	62 241	77 581	17 344	11 006	3 396	11 533	34 032	10 863	40 390
1993	58 526	70 781	17 649	14 796	3 547	11 266	33 091	12 702	37 530
1994	57 168	75 419	16 982	17 886	3 073	10 495	30 357	14 088	38 416
1995	55 465	76 017	17 545	17 768	2 987	9 879	31 828	14 697	38 432
1996	56 243	76 221	20 826	19 113	3 209	9 994	30 412	13 321	37 865
1997	55 199	73 206	23 531	18 264	3 147	10 870	32 086	12 283	39 875
1998	58 434	79 129	19 313	18 280	3 405	11 862	33 390	11 460	43 178
1999	61 142	80 935	18 924	17 767	3 840	11 325	35 225	10 878	46 810
2000	65 494	86 877	17 830	16 687	4 032	12 701	35 614	10 334	48 871
2001	69 688	85 685	16 499	14 065	3 905	14 747	37 613	8 959	47 383
2002	66 626	82 507	14 096	12 554	4 025	15 926	34 269	7 844	44 392
2003	63 422	84 549	12 445	11 219	3 228	15 338	33 573	7 624	46 461
2004	66 120	83 333	13 445	11 348	3 768	18 325	34 278	7 619	41 724
2005	64 562	80 981	15 414	11 212	3 540	19 689	37 867	8 188	39 341
2006	72 064	98 004	15 644	11 850	3 887	20 651	37 969	8 671	42 936
2007	76 808	99 478	16 825	11 530	4 069	23 440	41 366	7 611	46 419
2008	80 832	101 165	17 085	12 200	4 182	24 999	45 907	8 042	46 044
2009	72 962	92 137	16 666	10 611	3 593	18 557	36 703	7 069	48 446
2010	75 912	97 662	17 540	11 417	3 904	22 935	39 862	7 696	50 481
2011	83 680	111 949	17 688	11 858	3 925	19 779	45 454	8 752	57 573
2012	89 994	113 784	20 434	13 167	5 328	19 909	42 056	8 586	59 618
2013	88 852	116 009	20 639	12 701	4 689	21 350	43 511	7 747	60 370
2014	90 890	122 925	22 882	13 743	4 114	22 053	43 986	8 463	63 122
2015	96 444	128 373	24 698	14 420	5 133	23 373	44 630	8 795	65 046
2016	99 718	132 620	25 748	15 820	4 967	21 833	48 994	9 872	69 275
2017	108 645	141 886	26 025	16 638	4 553	18 799	51 733	10 108	72 788

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlageinvestitionen in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)

77 790	18 067	4 440	15 628	8 777	11 065	7 796	394 721	1991
81 087	18 166	4 526	18 933	13 877	12 034	11 929	428 939	1992
74 021	17 536	4 078	21 710	16 818	11 657	15 491	421 198	1993
74 206	18 860	4 498	29 760	19 884	12 500	18 088	441 679	1994
73 354	19 679	4 899	32 411	20 343	13 449	17 221	445 973	1995
74 030	18 237	4 884	33 260	17 978	12 752	14 096	442 442	1996
75 379	19 351	5 035	31 392	17 102	13 269	14 225	444 213	1997
80 298	20 521	5 941	28 915	17 035	14 224	13 867	459 252	1998
87 882	21 350	5 804	27 431	15 460	14 847	14 858	474 477	1999
91 649	22 379	5 923	26 748	14 340	14 557	13 466	487 502	2000
90 506	20 578	4 819	21 238	11 126	13 471	12 858	473 140	2001
82 719	20 893	4 886	18 578	10 268	11 871	10 847	442 301	2002
78 615	18 825	4 896	18 741	9 889	11 881	11 066	431 772	2003
78 095	18 732	4 292	19 590	10 142	11 545	9 582	431 938	2004
83 930	18 581	4 320	17 986	9 364	11 688	9 871	436 534	2005
83 941	20 085	4 825	18 507	9 060	13 761	10 459	472 315	2006
89 533	21 961	5 197	22 007	9 732	14 116	11 232	501 323	2007
91 665	22 103	5 193	20 758	9 913	14 594	12 332	517 013	2008
85 788	21 922	4 284	19 014	10 264	13 225	9 993	471 232	2009
88 538	22 473	5 458	21 440	10 134	15 486	10 208	501 148	2010
95 947	24 789	5 515	23 561	9 837	17 243	11 150	548 701	2011
92 745	24 697	5 408	23 353	10 671	16 955	11 174	557 877	2012
93 807	26 045	5 563	22 103	10 317	15 109	10 688	559 500	2013
99 119	27 250	5 863	22 881	10 312	17 803	11 258	586 665	2014
99 848	27 792	6 150	21 963	10 823	17 457	10 994	605 941	2015
104 950	28 019	5 947	24 823	11 201	20 306	12 328	636 421	2016
112 144	29 464	5 866	24 279	11 459	19 858	11 642	665 889	2017

9. Verfügbares Einkommen*) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR									
1991	142 941	163 978	44 889	19 510	9 053	24 544	79 278	12 831	94 367
1992	151 355	174 372	47 138	23 760	9 455	25 908	83 804	15 498	100 749
1993	153 267	179 332	49 135	26 771	9 551	26 394	86 283	17 633	103 712
1994	155 608	184 274	49 756	28 694	9 491	26 769	88 156	18 889	106 549
1995	157 754	188 580	52 199	29 416	9 506	27 833	90 646	19 796	108 673
1996	161 473	192 423	51 314	30 914	9 719	28 415	92 582	20 322	110 884
1997	165 196	196 125	50 282	31 587	10 012	29 069	93 622	20 588	112 100
1998	168 150	200 705	49 367	32 330	10 279	29 485	95 390	20 788	112 962
1999	173 385	205 911	50 183	33 489	10 461	30 029	97 682	21 548	116 256
2000	176 188	208 869	49 991	34 194	10 519	30 054	99 057	21 876	117 571
2001	186 437	220 572	51 014	35 553	11 029	31 965	104 615	22 674	123 030
2002	186 727	219 732	50 619	36 066	10 827	31 641	104 563	23 141	122 773
2003	192 264	225 457	50 301	36 539	11 012	34 079	106 248	23 168	125 869
2004	196 132	231 294	51 838	37 223	10 786	33 619	108 157	23 661	126 764
2005	200 873	235 954	52 176	37 893	11 472	35 535	109 338	23 803	129 487
2006	207 118	242 340	53 742	38 744	11 659	36 257	112 718	24 253	132 529
2007	211 245	248 547	54 231	39 429	11 984	36 370	114 247	24 415	134 500
2008	216 075	254 259	55 685	40 358	12 563	36 480	115 874	25 128	137 364
2009	211 164	248 935	56 689	41 158	12 094	35 357	116 111	25 308	138 182
2010	217 673	257 964	57 337	41 358	12 012	36 452	119 002	25 457	140 874
2011	226 796	269 422	59 137	42 511	12 230	37 823	122 875	25 920	146 146
2012	233 250	277 579	60 456	42 805	12 651	38 516	126 125	26 426	150 088
2013	237 081	281 624	61 986	43 968	12 791	39 650	127 421	26 964	152 356
2014	244 659	291 448	63 428	44 961	12 997	39 612	131 529	27 458	156 365
2015	250 390	297 857	66 529	45 985	13 207	41 143	135 925	28 292	160 261
2016	258 799	308 212	69 117	47 669	13 579	42 910	139 881	29 260	165 579
2017	265 918	316 978	72 780	49 752	14 082	44 138	143 975	30 431	170 411
2018	274 970	329 951	76 112	51 352	14 650	45 950	149 750	31 354	175 306

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) in Mill. EUR

241 131	50 064	12 609	34 720	19 870	36 351	18 801	1 004 936	1991
252 508	53 172	13 427	41 526	23 617	38 278	21 919	1 076 486	1992
259 282	54 507	13 827	46 703	26 864	39 150	24 675	1 117 087	1993
264 367	56 174	14 214	50 157	28 982	40 062	26 217	1 148 358	1994
268 840	56 772	14 041	52 570	30 305	40 784	27 312	1 175 025	1995
272 778	58 192	14 310	54 481	31 084	41 842	28 232	1 198 964	1996
276 253	58 887	14 350	54 777	31 227	42 326	28 592	1 214 992	1997
278 750	59 885	14 519	55 361	31 588	42 484	29 410	1 231 454	1998
283 973	61 550	15 040	57 213	32 572	43 482	30 723	1 263 496	1999
286 397	63 087	15 543	57 970	32 705	43 635	31 119	1 278 774	2000
297 400	66 288	16 418	59 962	33 520	45 526	32 266	1 338 268	2001
296 648	66 022	16 259	60 966	33 673	45 631	32 479	1 337 767	2002
304 164	67 633	16 476	62 000	33 998	47 283	32 856	1 369 346	2003
310 262	70 062	17 096	62 830	34 174	47 867	33 319	1 395 082	2004
312 401	71 309	17 301	62 579	34 211	49 145	33 215	1 416 693	2005
316 432	73 412	17 231	64 114	34 775	49 777	34 060	1 449 164	2006
318 567	74 949	17 347	65 249	35 040	50 862	34 517	1 471 499	2007
328 272	75 566	17 671	66 398	35 923	51 869	35 100	1 504 585	2008
320 313	77 129	17 574	67 003	36 440	52 271	35 196	1 490 924	2009
329 318	77 002	17 982	67 958	36 811	52 871	35 491	1 525 563	2010
339 569	79 105	18 496	69 206	37 499	54 661	36 229	1 577 626	2011
344 664	80 722	18 679	70 617	38 126	56 435	36 807	1 613 946	2012
347 942	81 139	18 770	71 890	38 551	57 311	37 516	1 636 959	2013
355 359	82 645	18 751	73 053	39 207	58 584	37 975	1 678 033	2014
364 174	85 627	19 262	75 363	40 066	60 607	39 007	1 723 693	2015
374 861	88 170	19 794	77 814	41 278	62 480	40 239	1 779 642	2016
385 716	90 663	20 253	80 362	42 661	64 351	41 599	1 834 069	2017
399 570	94 626	20 122	82 958	43 269	66 062	42 498	1 898 499	2018

10. Verfügbares Einkommen*) je Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR									
1991	14 433	14 237	13 064	7 622	13 265	14 797	13 674	6 728	12 705
1992	15 060	14 943	13 685	9 354	13 823	15 485	14 271	8 259	13 406
1993	15 101	15 207	14 239	10 558	13 979	15 656	14 546	9 525	13 657
1994	15 263	15 538	14 442	11 340	13 960	15 836	14 803	10 301	13 917
1995	15 431	15 824	15 200	11 624	14 026	16 479	15 179	10 864	14 087
1996	15 738	16 075	15 011	12 185	14 373	16 851	15 455	11 208	14 295
1997	16 062	16 345	14 850	12 386	14 881	17 295	15 613	11 411	14 405
1998	16 329	16 707	14 753	12 601	15 401	17 625	15 910	11 590	14 481
1999	16 795	17 089	15 130	12 995	15 812	17 993	16 277	12 085	14 866
2000	17 008	17 242	15 154	13 250	16 005	17 969	16 474	12 359	14 990
2001	17 912	18 089	15 505	13 810	16 836	19 035	17 375	12 928	15 645
2002	17 846	17 916	15 404	14 075	16 515	18 812	17 346	13 324	15 575
2003	18 317	18 324	15 349	14 323	16 764	20 264	17 623	13 458	15 946
2004	18 659	18 767	15 873	14 645	16 418	20 004	17 945	13 857	16 053
2005	19 093	19 121	16 003	14 965	17 470	21 138	18 152	14 054	16 412
2006	19 690	19 611	16 486	15 374	17 757	21 496	18 763	14 443	16 830
2007	20 092	20 082	16 629	15 731	18 269	21 441	19 064	14 672	17 116
2008	20 566	20 534	17 051	16 196	19 197	21 444	19 367	15 248	17 533
2009	20 128	20 123	17 339	16 611	18 513	20 813	19 439	15 504	17 699
2010	20 769	20 849	17 512	16 769	18 418	21 421	19 936	15 715	18 091
2011	21 609	21 704	17 909	17 300	18 762	22 094	20 542	16 091	18 793
2012	22 128	22 239	18 043	17 462	19 360	22 312	21 003	16 479	19 300
2013	22 366	22 419	18 239	17 951	19 496	22 783	21 128	16 869	19 571
2014	22 921	23 043	18 407	18 325	19 703	22 577	21 670	17 185	20 025
2015	23 188	23 329	19 036	18 607	19 810	23 178	22 155	17 619	20 346
2016	23 709	23 916	19 484	19 146	20 114	23 853	22 581	18 157	20 864
2017	24 202	24 451	20 249	19 906	20 712	24 245	23 117	18 891	21 424
2018	24 892	25 309	20 972	20 475	21 481	25 029	23 943	19 470	21 988

*) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen*) je Einwohner in EUR

13 841	13 202	11 735	7 357	6 977	13 790	7 257	12 566	1991
14 373	13 810	12 443	8 923	8 413	14 389	8 576	13 373	1992
14 669	13 969	12 780	10 122	9 654	14 604	9 736	13 800	1993
14 912	14 269	13 147	10 948	10 493	14 877	10 411	14 151	1994
15 120	14 328	12 998	11 537	11 057	15 072	10 917	14 452	1995
15 298	14 598	13 256	12 019	11 424	15 377	11 355	14 717	1996
15 470	14 700	13 326	12 156	11 564	15 475	11 569	14 906	1997
15 611	14 906	13 555	12 375	11 813	15 474	11 977	15 120	1998
15 905	15 297	14 113	12 891	12 312	15 787	12 596	15 518	1999
16 039	15 663	14 633	13 169	12 511	15 783	12 852	15 699	2000
16 645	16 422	15 504	13 753	13 002	16 396	13 442	16 417	2001
16 586	16 311	15 392	14 122	13 243	16 363	13 654	16 399	2002
17 006	16 691	15 645	14 480	13 535	16 907	13 936	16 792	2003
17 362	17 285	16 312	14 780	13 765	17 088	14 255	17 127	2004
17 506	17 595	16 607	14 817	13 940	17 523	14 341	17 418	2005
17 769	18 134	16 657	15 279	14 334	17 740	14 860	17 853	2006
17 933	18 546	16 893	15 664	14 626	18 121	15 222	18 168	2007
18 545	18 758	17 329	16 064	15 196	18 489	15 643	18 630	2008
18 174	19 226	17 367	16 328	15 613	18 660	15 839	18 525	2009
18 747	19 256	17 896	16 665	15 944	18 884	16 105	19 002	2010
19 354	19 815	18 499	17 045	16 396	19 514	16 554	19 653	2011
19 639	20 230	18 753	17 427	16 810	20 124	16 915	20 068	2012
19 811	20 324	18 912	17 758	17 119	20 386	17 323	20 298	2013
20 185	20 646	18 942	18 034	17 503	20 749	17 591	20 721	2014
20 515	21 236	19 411	18 516	17 882	21 304	18 028	21 101	2015
20 968	21 720	19 871	19 056	18 421	21 768	18 591	21 611	2016
21 547	22 277	20 346	19 689	19 134	22 299	19 307	22 189	2017
22 294	23 197	20 277	20 335	19 528	22 833	19 793	22 899	2018

11. Private Konsumausgaben*) – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	124 732	143 056	39 857	18 151	8 113	21 611	69 250	12 018	83 482
1992	132 520	152 546	41 795	21 670	8 506	22 912	73 415	14 220	89 406
1993	135 053	157 521	43 528	24 117	8 598	23 423	75 983	15 996	92 456
1994	138 459	163 301	44 448	25 842	8 608	24 008	78 285	17 078	95 796
1995	141 331	168 195	46 968	26 597	8 714	25 030	80 762	17 928	98 480
1996	144 700	171 672	46 381	27 977	8 995	25 792	82 779	18 468	100 362
1997	148 753	175 667	45 654	28 709	9 365	26 465	84 203	18 870	102 230
1998	152 005	180 810	45 016	29 312	9 564	26 962	86 255	19 031	103 688
1999	157 442	186 700	46 173	30 670	9 810	27 611	88 838	19 882	107 310
2000	161 899	191 544	46 805	31 817	10 011	27 846	91 108	20 599	110 307
2001	168 846	199 743	47 345	32 755	10 353	29 164	94 797	21 169	113 867
2002	168 585	198 655	47 005	33 355	10 209	28 813	94 631	21 623	113 510
2003	172 932	202 847	46 614	33 768	10 246	30 928	95 873	21 591	115 731
2004	176 140	207 990	47 928	34 170	10 085	30 617	97 495	21 951	116 227
2005	180 726	212 707	48 429	34 840	10 817	32 562	98 837	22 215	119 489
2006	187 208	219 341	50 012	35 651	11 042	33 256	102 058	22 679	123 092
2007	190 688	224 754	50 589	36 291	11 340	33 390	103 484	22 910	125 112
2008	195 140	230 067	52 111	36 934	11 913	33 385	105 389	23 544	128 177
2009	192 487	227 482	53 553	37 945	11 548	32 586	106 324	23 861	129 725
2010	198 622	235 681	54 270	38 145	11 425	33 558	109 107	24 062	132 327
2011	207 230	246 566	56 055	39 376	11 710	35 030	112 755	24 608	137 414
2012	214 108	255 260	57 816	40 005	12 194	36 032	116 162	25 338	141 886
2013	217 956	259 624	59 501	41 312	12 377	37 211	117 783	26 031	144 289
2014	223 177	267 070	60 524	42 180	12 539	37 029	121 008	26 386	147 362
2015	227 590	272 007	63 018	43 016	12 786	38 215	124 775	27 098	150 703
2016	234 900	281 238	65 062	44 473	12 961	39 457	128 207	27 834	155 667
2017	240 461	288 546	68 255	46 326	13 406	40 404	131 448	28 912	160 055
2018	246 640	297 613	70 504	47 713	13 830	41 785	136 115	29 791	163 358

*) Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Private Konsumausgaben in Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)								
212 404	44 016	11 301	32 493	18 613	31 984	17 574	888 655	1991
223 709	46 871	12 111	38 198	21 700	33 760	20 160	953 499	1992
230 384	48 497	12 558	42 407	24 400	34 746	22 380	992 046	1993
237 336	50 477	13 022	45 480	26 302	35 788	23 827	1 028 060	1994
242 796	51 357	12 931	47 702	27 609	36 685	24 907	1 057 993	1995
247 173	52 712	13 284	49 727	28 350	37 748	25 824	1 081 943	1996
251 444	53 474	13 399	50 330	28 733	38 429	26 280	1 102 004	1997
255 088	54 623	13 514	50 652	28 942	38 734	26 877	1 121 076	1998
261 456	56 480	14 064	52 772	30 084	39 787	28 291	1 157 371	1999
267 139	58 609	14 760	54 576	30 837	40 346	29 200	1 187 402	2000
273 674	60 765	15 343	55 918	31 286	41 696	29 982	1 226 704	2001
272 594	60 540	15 177	57 049	31 538	41 734	30 254	1 225 271	2002
278 116	61 510	15 331	57 796	31 702	43 105	30 642	1 248 729	2003
283 561	63 631	15 870	58 287	31 786	43 590	30 917	1 270 247	2004
285 967	65 124	16 092	58 280	31 874	44 919	30 899	1 293 777	2005
291 034	67 120	16 115	59 715	32 488	45 583	31 746	1 328 142	2006
293 582	68 624	16 276	60 879	32 747	46 787	32 154	1 349 605	2007
302 839	69 184	16 527	61 846	33 569	47 643	32 558	1 380 826	2008
298 391	71 223	16 536	63 045	34 288	48 396	32 999	1 380 388	2009
306 971	70 996	16 918	64 053	34 701	49 058	33 314	1 413 207	2010
317 671	73 070	17 438	65 595	35 516	50 798	34 105	1 464 938	2011
324 241	75 098	17 737	67 403	36 431	52 778	34 875	1 507 366	2012
328 832	75 742	17 890	68 820	36 873	53 798	35 743	1 533 784	2013
334 144	76 846	17 818	69 653	37 473	54 607	36 082	1 563 899	2014
341 671	79 352	18 221	71 788	38 324	56 598	37 089	1 602 250	2015
349 609	81 420	18 630	74 107	39 606	58 329	38 298	1 649 797	2016
359 762	83 420	18 984	76 479	40 982	59 961	39 561	1 696 964	2017
369 666	86 550	18 734	78 780	41 367	60 945	40 294	1 743 685	2018

12. Private Konsumausgaben*) – in jeweiligen Preisen – je Einwohner seit 1991

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	12 594	12 420	11 599	7 091	11 888	13 029	11 944	6 301	11 239
1992	13 186	13 073	12 134	8 531	12 434	13 695	12 502	7 578	11 897
1993	13 307	13 358	12 614	9 511	12 584	13 893	12 810	8 641	12 174
1994	13 581	13 769	12 902	10 212	12 661	14 203	13 145	9 314	12 512
1995	13 825	14 114	13 677	10 510	12 858	14 820	13 524	9 839	12 765
1996	14 103	14 341	13 568	11 027	13 303	15 295	13 819	10 185	12 938
1997	14 463	14 640	13 483	11 257	13 920	15 746	14 042	10 459	13 137
1998	14 762	15 051	13 453	11 425	14 329	16 117	14 386	10 610	13 292
1999	15 251	15 494	13 921	11 901	14 828	16 545	14 803	11 151	13 722
2000	15 629	15 812	14 188	12 329	15 232	16 649	15 152	11 637	14 064
2001	16 222	16 381	14 390	12 723	15 803	17 367	15 744	12 070	14 480
2002	16 112	16 198	14 304	13 017	15 573	17 130	15 699	12 450	14 400
2003	16 476	16 487	14 224	13 237	15 598	18 390	15 902	12 542	14 661
2004	16 757	16 876	14 676	13 444	15 352	18 218	16 176	12 856	14 719
2005	17 178	17 237	14 854	13 759	16 473	19 369	16 409	13 117	15 145
2006	17 797	17 749	15 342	14 146	16 818	19 716	16 988	13 505	15 631
2007	18 137	18 160	15 512	14 479	17 288	19 685	17 268	13 767	15 922
2008	18 574	18 580	15 957	14 822	18 204	19 625	17 615	14 287	16 361
2009	18 348	18 389	16 380	15 314	17 677	19 182	17 801	14 618	16 616
2010	18 952	19 048	16 575	15 466	17 517	19 720	18 278	14 854	16 993
2011	19 745	19 863	16 975	16 025	17 965	20 462	18 850	15 276	17 670
2012	20 312	20 451	17 255	16 320	18 660	20 873	19 344	15 801	18 245
2013	20 561	20 668	17 508	16 866	18 865	21 382	19 530	16 286	18 535
2014	20 909	21 116	17 564	17 192	19 009	21 104	19 936	16 514	18 872
2015	21 077	21 305	18 031	17 406	19 178	21 528	20 338	16 876	19 133
2016	21 519	21 823	18 341	17 863	19 198	21 934	20 697	17 272	19 615
2017	21 885	22 257	18 990	18 535	19 718	22 194	21 105	17 948	20 122
2018	22 327	22 828	19 427	19 024	20 278	22 760	21 763	18 499	20 490

*) Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

nach Bundesländern

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Private Konsumausgaben je Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)								
12 192	11 607	10 518	6 885	6 536	12 133	6 784	11 112	1991
12 733	12 173	11 224	8 208	7 730	12 691	7 887	11 845	1992
13 034	12 429	11 607	9 191	8 768	12 961	8 831	12 256	1993
13 387	12 822	12 045	9 927	9 523	13 290	9 462	12 669	1994
13 656	12 961	11 970	10 469	10 074	13 557	9 956	13 012	1995
13 862	13 223	12 307	10 970	10 419	13 872	10 386	13 281	1996
14 081	13 349	12 443	11 169	10 640	14 050	10 633	13 520	1997
14 286	13 596	12 617	11 322	10 824	14 108	10 945	13 765	1998
14 644	14 037	13 198	11 891	11 372	14 445	11 599	14 214	1999
14 961	14 551	13 896	12 398	11 797	14 593	12 059	14 577	2000
15 317	15 054	14 489	12 826	12 136	15 016	12 490	15 048	2001
15 241	14 957	14 368	13 214	12 403	14 966	12 718	15 020	2002
15 550	15 180	14 558	13 498	12 621	15 413	12 997	15 313	2003
15 867	15 699	15 143	13 711	12 803	15 561	13 228	15 594	2004
16 024	16 069	15 446	13 799	12 988	16 016	13 341	15 906	2005
16 342	16 580	15 578	14 231	13 392	16 245	13 850	16 362	2006
16 527	16 981	15 850	14 614	13 669	16 669	14 180	16 663	2007
17 108	17 173	16 207	14 963	14 201	16 983	14 510	17 097	2008
16 930	17 754	16 341	15 364	14 691	17 277	14 850	17 151	2009
17 475	17 754	16 838	15 707	15 030	17 522	15 117	17 603	2010
18 106	18 303	17 440	16 155	15 529	18 134	15 584	18 249	2011
18 476	18 821	17 807	16 634	16 063	18 820	16 027	18 742	2012
18 723	18 972	18 025	17 000	16 374	19 137	16 505	19 019	2013
18 980	19 197	18 000	17 195	16 729	19 341	16 714	19 312	2014
19 247	19 679	18 362	17 638	17 105	19 895	17 141	19 615	2015
19 555	20 057	18 702	18 149	17 674	20 321	17 694	20 034	2016
20 097	20 497	19 071	18 738	18 380	20 778	18 361	20 530	2017
20 626	21 217	18 878	19 311	18 670	21 064	18 766	21 032	2018

13. Sparen*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR									
1991	20 616	23 722	5 556	1 358	1 105	3 336	11 438	813	12 690
1992	21 596	25 033	5 938	2 092	1 138	3 456	12 002	1 280	13 409
1993	20 502	24 470	6 096	2 657	1 107	3 352	11 638	1 639	12 969
1994	19 688	23 927	5 846	2 855	1 052	3 182	11 354	1 812	12 660
1995	19 347	23 793	5 847	2 821	985	3 286	11 592	1 870	12 400
1996	19 234	23 622	5 450	2 946	886	3 028	11 239	1 861	12 382
1997	19 027	23 473	5 190	2 939	815	3 027	10 926	1 761	11 825
1998	19 132	23 380	5 006	3 118	909	3 008	10 874	1 827	11 537
1999	18 921	22 687	4 675	2 957	841	2 899	10 575	1 761	11 202
2000	18 919	22 734	4 257	2 623	795	2 948	10 615	1 446	10 702
2001	21 306	25 170	4 558	3 024	898	3 386	11 934	1 658	11 864
2002	21 912	25 485	4 548	2 973	836	3 415	12 059	1 696	11 949
2003	23 378	27 343	4 726	3 093	992	3 773	12 635	1 793	12 964
2004	23 960	27 948	4 964	3 413	915	3 604	12 856	1 949	13 252
2005	24 708	28 587	4 928	3 466	896	3 662	13 006	1 861	13 093
2006	25 560	29 645	5 190	3 617	916	3 859	13 751	1 919	13 271
2007	26 596	30 934	5 213	3 710	966	3 907	14 066	1 878	13 489
2008	27 810	32 346	5 378	4 084	1 019	4 164	14 244	2 014	13 871
2009	26 077	30 288	5 125	3 954	946	3 942	13 859	1 927	13 556
2010	26 530	31 253	5 101	3 990	993	4 090	14 011	1 895	13 725
2011	27 096	31 915	5 128	3 932	928	4 001	14 243	1 823	13 962
2012	27 274	32 112	4 864	3 677	898	3 793	14 392	1 647	13 852
2013	27 174	31 725	4 704	3 530	849	3 742	14 020	1 488	13 655
2014	29 942	34 597	5 249	3 702	914	3 951	15 113	1 656	14 850
2015	31 463	36 308	5 961	3 925	887	4 336	15 845	1 798	15 531
2016	32 391	37 220	6 491	4 139	1 077	4 846	16 277	2 020	15 737
2017	34 526	39 378	7 168	4 424	1 167	5 228	17 435	2 143	16 553
2018	37 328	43 184	8 255	4 614	1 306	5 647	18 491	2 171	18 073

*) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Sparen*) der privaten Haushalte in Mill. EUR

32 962	6 970	1 569	2 227	1 256	5 008	1 227	131 856	1991
33 627	7 359	1 613	3 332	1 920	5 248	1 762	140 804	1992
32 884	6 889	1 513	4 301	2 467	5 008	2 297	139 790	1993
31 446	6 677	1 461	4 681	2 683	4 944	2 393	136 659	1994
31 130	6 548	1 419	4 871	2 698	4 873	2 407	135 887	1995
29 881	6 437	1 284	4 771	2 744	4 747	2 417	132 931	1996
29 295	6 419	1 221	4 554	2 558	4 584	2 371	129 983	1997
28 842	6 427	1 316	4 885	2 750	4 546	2 630	130 188	1998
27 667	6 230	1 283	4 679	2 629	4 489	2 563	126 058	1999
27 089	6 253	1 246	3 815	2 117	4 497	2 152	122 208	2000
29 867	6 923	1 435	4 428	2 461	4 777	2 498	136 190	2001
30 149	6 881	1 436	4 362	2 397	4 837	2 475	137 409	2002
32 441	7 599	1 514	4 748	2 615	5 165	2 522	147 300	2003
32 833	7 856	1 577	5 151	2 742	5 223	2 749	150 992	2004
33 423	7 814	1 609	4 988	2 739	5 308	2 709	152 796	2005
34 026	8 313	1 610	5 265	2 791	5 539	2 808	158 080	2006
34 225	8 487	1 600	5 311	2 836	5 516	2 898	161 630	2007
35 968	8 844	1 743	5 636	2 981	5 865	3 158	169 125	2008
33 302	8 571	1 684	5 164	2 848	5 661	2 876	159 781	2009
33 855	8 707	1 717	5 172	2 833	5 630	2 889	162 391	2010
33 471	8 744	1 715	4 920	2 718	5 688	2 858	163 142	2011
32 832	8 527	1 645	4 658	2 498	5 623	2 737	161 028	2012
31 334	8 257	1 568	4 514	2 473	5 457	2 569	157 059	2013
33 974	8 782	1 646	4 926	2 569	6 009	2 727	170 607	2014
35 513	9 305	1 762	5 157	2 603	6 080	2 775	179 249	2015
37 955	9 688	1 861	5 265	2 518	6 176	2 782	186 444	2016
39 492	10 365	2 005	5 526	2 566	6 550	2 919	197 444	2017
43 302	11 153	2 112	5 780	2 760	7 253	3 056	214 486	2018

14. Sparquote*) der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Sparquote*) der privaten Haushalte in %									
1991	14,2	14,2	12,2	7,0	12,0	13,4	14,2	6,3	13,2
1992	14,0	14,1	12,4	8,8	11,8	13,1	14,1	8,3	13,0
1993	13,2	13,4	12,3	9,9	11,4	12,5	13,3	9,3	12,3
1994	12,4	12,8	11,6	9,9	10,9	11,7	12,7	9,6	11,7
1995	12,0	12,4	11,1	9,6	10,2	11,6	12,6	9,4	11,2
1996	11,7	12,1	10,5	9,5	9,0	10,5	12,0	9,2	11,0
1997	11,3	11,8	10,2	9,3	8,0	10,3	11,5	8,5	10,4
1998	11,2	11,5	10,0	9,6	8,7	10,0	11,2	8,8	10,0
1999	10,7	10,8	9,2	8,8	7,9	9,5	10,6	8,1	9,5
2000	10,5	10,6	8,3	7,6	7,4	9,6	10,4	6,6	8,8
2001	11,2	11,2	8,8	8,5	8,0	10,4	11,2	7,3	9,4
2002	11,5	11,4	8,8	8,2	7,6	10,6	11,3	7,3	9,5
2003	11,9	11,9	9,2	8,4	8,8	10,9	11,6	7,7	10,1
2004	12,0	11,8	9,4	9,1	8,3	10,5	11,7	8,2	10,2
2005	12,0	11,8	9,2	9,0	7,7	10,1	11,6	7,7	9,9
2006	12,0	11,9	9,4	9,2	7,7	10,4	11,9	7,8	9,7
2007	12,2	12,1	9,3	9,3	7,9	10,5	12,0	7,6	9,7
2008	12,5	12,3	9,4	10,0	7,9	11,1	11,9	7,9	9,8
2009	11,9	11,7	8,7	9,4	7,6	10,8	11,5	7,5	9,5
2010	11,8	11,7	8,6	9,5	8,0	10,9	11,4	7,3	9,4
2011	11,6	11,5	8,4	9,1	7,3	10,3	11,2	6,9	9,2
2012	11,3	11,2	7,8	8,4	6,9	9,5	11,0	6,1	8,9
2013	11,1	10,9	7,3	7,9	6,4	9,1	10,6	5,4	8,6
2014	11,8	11,5	8,0	8,1	6,8	9,6	11,1	5,9	9,2
2015	12,1	11,8	8,6	8,4	6,5	10,2	11,3	6,2	9,3
2016	12,1	11,7	9,1	8,5	7,7	10,9	11,3	6,8	9,2
2017	12,6	12,0	9,5	8,7	8,0	11,5	11,7	6,9	9,4
2018	13,1	12,7	10,5	8,8	8,6	11,9	12,0	6,8	10,0

*) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2019.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Sparquote*) der privaten Haushalte in %

13,4	13,7	12,2	6,4	6,3	13,5	6,5	12,9	1991
13,1	13,6	11,8	8,0	8,1	13,5	8,0	12,9	1992
12,5	12,4	10,8	9,2	9,2	12,6	9,3	12,4	1993
11,7	11,7	10,1	9,3	9,3	12,1	9,1	11,7	1994
11,4	11,3	9,9	9,3	8,9	11,7	8,8	11,4	1995
10,8	10,9	8,8	8,8	8,8	11,2	8,6	10,9	1996
10,4	10,7	8,4	8,3	8,2	10,7	8,3	10,6	1997
10,2	10,5	8,9	8,8	8,7	10,5	8,9	10,4	1998
9,6	9,9	8,4	8,1	8,0	10,1	8,3	9,8	1999
9,2	9,6	7,8	6,5	6,4	10,0	6,9	9,3	2000
9,8	10,2	8,6	7,3	7,3	10,3	7,7	10,0	2001
10,0	10,2	8,6	7,1	7,1	10,4	7,6	10,1	2002
10,4	11,0	9,0	7,6	7,6	10,7	7,6	10,6	2003
10,4	11,0	9,0	8,1	7,9	10,7	8,2	10,6	2004
10,5	10,7	9,1	7,9	7,9	10,6	8,1	10,6	2005
10,5	11,0	9,1	8,1	7,9	10,8	8,1	10,6	2006
10,4	11,0	8,9	8,0	8,0	10,5	8,3	10,7	2007
10,6	11,3	9,5	8,4	8,2	11,0	8,8	10,9	2008
10,0	10,7	9,2	7,6	7,7	10,5	8,0	10,4	2009
9,9	10,9	9,2	7,5	7,5	10,3	8,0	10,3	2010
9,5	10,7	9,0	7,0	7,1	10,1	7,7	10,0	2011
9,2	10,2	8,5	6,5	6,4	9,6	7,3	9,7	2012
8,7	9,8	8,1	6,2	6,3	9,2	6,7	9,3	2013
9,2	10,3	8,5	6,6	6,4	9,9	7,0	9,8	2014
9,4	10,5	8,8	6,7	6,4	9,7	7,0	10,1	2015
9,8	10,6	9,1	6,6	6,0	9,6	6,8	10,2	2016
9,9	11,1	9,6	6,7	5,9	9,8	6,9	10,4	2017
10,5	11,4	10,1	6,8	6,3	10,6	7,0	11,0	2018

Verwaltungskarte Deutschland

Länder, Regierungsbezirke, Kreise



Ausgabe 2017 - letzte Änderung: 01.01.2017

Lambert winkeltreue Kegelabbildung
Ellipsoid WGS84, Datum WGS84

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main (2017)
<http://www.bkg.bund.de/produkte>
Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung,
auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Maßstab

0 10 20 40 60 80 100 Kilometer

1 : 2 500 000



